



LEITKULTUR, IDENTITÄT, PATRIOTISMUS

Ein Positionspapier der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag als Beitrag zur Debatte um die deutsche Leitkultur

Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG



1. Der Streit um die deutsche Leitkultur

Im Mai 2017 schrieb die damalige SPD-Integrationsbeauftragte des Bundes, Aydan Özuguz: „Eine spezifisch deutsche Kultur ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar“.² Diese Behauptung offenbart nicht nur einen bizarren Mangel an Bildung, sondern auch die politische Agenda, die Özuguz – die hier stellvertretend für viele Politiker von der CDU bis zur Linkspartei steht – verfolgt. Diese Agenda lässt sich so zusammenfassen:

Wenn jenseits der deutschen Sprache eine spezifisch deutsche Kultur nicht identifizierbar ist, gibt es auch nichts Spezifisches, das die Deutschen untereinander verbindet. Da die Deutschen untereinander nichts verbindet, macht auch die Tatsache keinen Unterschied, dass diese Deutschen auch mit anderen Menschen, z.B. Nordafrikanern, nicht viel verbindet. In ihrer allgemeinen Unverbundenheit sind alle gleich; und das Sprachproblem ist keines, denn Sprachen lassen sich übersetzen – oder man benutzt eine gemeinsame Verkehrssprache, nämlich Englisch.

Wäre auf diese Weise mit der deutschen Kultur alles die Deutschen Verbindende entsorgt, gäbe es auch keinen Grund mehr dafür, von einem deutschen Volk zu sprechen oder Deutschland als das Land der Deutschen anzusehen. Genau darum ist es der Agenda einer Özuguz und anderer zu tun: Es geht um die Abschaffung Deutschlands. Denn warum sollte man sonst einen derartigen Widersinn öffentlich äußern? Weiß doch jeder, dass es eine spezifisch deutsche Kultur tatsächlich gibt. Es ist diese Kultur, die die Grundlage unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung darstellt und die unser Selbstverständnis und unsere Identität ausmacht.

Die Frage, welche Aspekte und Bestandteile unserer Kultur unentbehrlich für unser Zusammenleben sind, steht hinter der Debatte um die „Leitkultur“. Der Begriff wurde zuerst in einem wissenschaftlichen Zusammenhang diskutiert. Den Hintergrund der Diskussion bildeten die Globalisierungsprozesse sowie die zunehmende Einwanderung außereuropäischer, insbesondere islamischer Migranten in den 1990er Jahren. Die mit der Massenmigration verbundene Problematik hat sich

seither, insbesondere seit der deutschen Grenzöffnung des Jahres 2015, erheblich verschärft. Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch die Debatte um die Leitkultur mehrmals wiederbelebt wurde.³ Man kann den politischen Kern dieser Debatte darin sehen, dass hier die Frage nach der deutschen Identität gestellt wird.

Im Folgenden geht es darum, die Debatte um das Konzept der Leitkultur nachzuzeichnen (2.), das Ungenügen des Rückgriffs auf Verfassungspatriotismus und Werte aufzuzeigen (3.), die Frage weiterzuverfolgen, was die deutsche Identität ausmacht (4.), was vernünftigerweise unter Nation und Patriotismus zu verstehen ist (5.) und schließlich an Beispielen darzulegen, welchen politischen Gefährdungen unsere Lebensweise ausgesetzt ist (6.). Die Ausführungen enden mit einer politischen Positionierung der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (7.).

2. Leitkultur: Eine Debatte in Deutschland

Der Begriff der Leitkultur wurde von dem Politikwissenschaftler Bassam Tibi in den 1990er Jahren in die Debatte eingeführt.⁴ Tibi stellte seine Überlegungen in den Zusammenhang der zunehmenden Globalisierung. Er beobachtete das Schwinden der kulturellen und politischen Strahlkraft des Westens („Entwestlichung“). Die Krise des Westens – man denke an den Rückgang des politischen, ökonomischen und kulturellen Gewichts Europas in der Welt – habe, so Tibi, zu einer kulturellen Verunsicherung geführt. Diese habe zur Folge, dass in den westlichen Ländern die eigenen kulturellen Grundlagen in Frage gestellt würden. Während bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes der universelle Geltungsanspruch westlicher Werte und Kultur vertreten worden sei, propagiere man nun einen kulturellen Relativismus, dessen deutlichste Ausprägung der Multikulturalismus der politischen Linken darstelle. In Kombination mit einer massiven Zuwanderung führe dies zur Erosion der Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens in unserer Gesellschaft, da die Immigranten den Relativismus keineswegs teilten. Vielmehr beharrten sie auf der Geltung ihrer eigenen, oft vormodernen und archaischen Werte, die mit dem Zusammenleben in einer rechtsstaatlichen Demokratie nicht vereinbar seien. Das Aufeinandertreffen von Relativismus einerseits und archaischen,

neo-absolutistischen Lebensvorstellungen andererseits führe aber zum Zusammenbruch des Konsenses, auf dem der Frieden in der freiheitlichen Gesellschaft beruhe.⁵

Tibi sprach sich angesichts dieser Lage dafür aus, gerade auch gegenüber Einwanderern auf der Verbindlichkeit der Leitkultur zu bestehen. Unter Leitkultur verstand er dabei den Konsens bezüglich einer Reihe von verbindlichen westlichen Werten, nämlich „säkulare Demokratie, Menschenrechte, Primat der Vernunft gegenüber jeder Religion, Trennung von Religion und Politik in einer zugleich normativ wie institutionell untermauerten Zivilgesellschaft, in der Toleranz – bei Anerkennung von bestimmten allgemeinen Spielregeln – gegenseitig gilt und ausgeübt wird“.⁶

Während Tibis Überlegungen in der politischen Öffentlichkeit zunächst keine nennenswerte Resonanz fanden, löste der damalige Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz eine polemisch geführte Auseinandersetzung aus, als er im Jahr 2000 in mehreren Beiträgen für eine freiheitliche deutsche Leitkultur warb. Deren Inhalte sah Merz durch die Verfassungstradition des Grundgesetzes inklusive der Bürgerpflichten, der europäischen Idee und der Gleichberechtigung der Frau geprägt. Merz betonte auch die Bedeutung der deutschen Sprache als „Grundvoraussetzung eines friedlichen Miteinanders in unserem Land“.⁷ Er warnte vor dem Entstehen von Parallelgesellschaften jenseits der Verbindlichkeit der Leitkultur und befürchtete wie Bassam Tibi, von dessen Konzept sich seine Vorstellungen kaum unterschieden, die Erosion des Minimalkonsenses über Freiheit, Menschenwürde und Gleichberechtigung.

Kritiker aus dem politisch linken und grünen Lager, aber auch aus den Reihen der CDU, wiesen Merz' Überlegungen scharf zurück, meist mit Polemik, seltener mit Argumenten. Es hieß, Vorstellungen von Leitkultur seien nicht mit der Moderne vereinbar. Im Übrigen seien das Grundgesetz und ein entsprechender Verfassungspatriotismus ausreichende Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens. Um der Kritik Nachdruck zu verleihen, wurde sie sogleich mit dem Vorwurf verbunden, der Begriff der Leitkultur lasse völkisches oder nationalistisches Gedankengut und dergleichen mitschwingen, was schon bei einem oberflächlichen Blick nicht nur auf Bassam Tibis einschlägige Texte völlig abwegig ist. Indes verfehlte die Diffamierungskampagne nicht ihre Wirkung: Die Debatte um den Begriff kam bald zum Erliegen.⁸

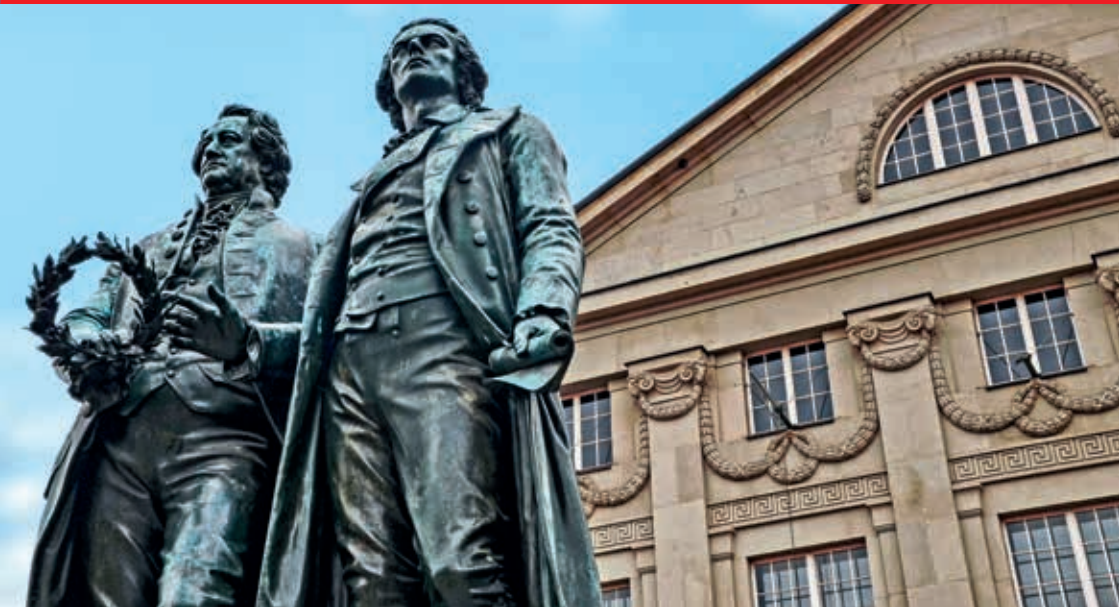
Der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert allerdings forderte im Jahr 2005 die Fortsetzung der Diskussion. Er beförderte die Debatte mit einem von ihm besorgten Sammelband.⁹ In diesem Buch stellen Vertreter des politischen und des öffentlichen Lebens sowie der Wissenschaft von Mario Adorf bis Guido Westerwelle ihre Positionen zu der Frage vor, ob unsere Gesellschaft einer Leitkultur bedürfe.¹⁰

Lammert verwies in seinem eigenen Beitrag darauf, dass die rechtliche Verfassung nicht losgelöst von der Kultur betrachtet werden könne. „Kultur“, so schrieb er, „ist die Voraussetzung einer Verfassung. Letztere setzt in rechtliche Ansprüche und Verpflichtungen um, was historisch und kulturell gewachsen ist. Bestand und Wirkungsmacht können Rechte folglich nur haben, wenn ihre kulturellen Grundlagen nicht erodieren“.¹¹

Zusammenfassend stellte er klar, dass „für die innere Konsistenz einer konkreten Gesellschaft“ die Durchsetzung eines Dominanzanspruches der eigenen Kultur „unverzichtbar“ sei. „Insofern ist jede Kultur, die sich selbst ernst nimmt, eine Leitkultur. Leitkultur bedeutet ja nicht, [...] anderen Ländern deutsche Kultur aufzudrängen, sondern unseren Erfahrungen, Überzeugungen und Prinzipien im eigenen Land Geltung zu sichern. Diese Vereinbarung über gemeinsame Grundwerte ist auch die notwendige Substanz für den Erwerb der Staatsangehörigkeit. Die Staatsangehörigkeit ist nicht Vorleistung für Integration, vielmehr ist umgekehrt Integration die Voraussetzung zum Erwerb der Staatsangehörigkeit“.¹²

Wie bereits in der öffentlichen Debatte einige Jahre zuvor wurde das Leitkulturkonzept vor allem von Politikern der politischen Linken und der Grünen verworfen. Von Leitkultur, so meinte etwa die SPD-Politikerin Lale Agkün, könne „selbst für die ‚Deutschen‘ keine Rede mehr sein“,¹³ wobei sie das Wort „Deutschen“ in Anführungszeichen setzte.

Ähnliche Reaktionen rief der Versuch des seinerzeitigen Bundesinnenministers Thomas de Maiziere vom Frühjahr 2017 hervor, die Problematik der Leitkultur öffentlich zu diskutieren. Zweierlei stand im Hintergrund von de Maizieres Initiative: Zum einen die Asyl- und Migrationskrise, die Deutschland beschäftigt, seitdem Bundeskanzlerin Angela Merkel im Herbst 2015 die unkontrollierte Massenzuwanderung vorwiegend muslimischer Personen veranlasste; zum anderen die im Herbst 2017 anstehende Bundestagswahl, bei der namentlich CDU und CSU befürchten mussten, von den Wählern für die Folgen jener Krise zur Verantwortung gezogen zu werden. So legte der CDU-Mann eine Lis-



te von zehn Punkten vor, die die deutsche Leitkultur ihm zufolge ausmachen.¹⁴

Zu den angeführten Aspekten der deutschen Leitkultur zählen demnach beispielsweise bestimmte Tugenden wie die Leistungsorientierung, bestimmte eingelebte Konzepte wie etwa dasjenige der Bildung oder auch soziale Gewohnheiten. Zu letzteren führt er aus, dass wir auf sie Wert legen „nicht weil sie Inhalt, sondern weil sie Ausdruck einer bestimmten Haltung sind: Wir sagen unseren Namen. Wir geben uns zur Begrüßung die Hand. Bei Demonstrationen haben wir ein Vermummungsverbot. ‚Gesicht zeigen‘ – das ist Ausdruck unseren [...] Miteinanders. [...] Wir zeigen unser Gesicht. Wir sind nicht Burka“.

Leitkultur: Eine Debatte in Deutschland

Kritik und Empörung schlug diesen Überlegungen aus den Reihen von SPD, Grünen, Linkspartei und FDP entgegen.¹⁵ Der Bundesvorsitzende der FDP, Christian Lindner, etwa bekannte, dass „unsere Leitkultur [...] das Grundgesetz sein [sollte]. Das ist offen für alle“.¹⁶ In diesem Ausspruch offenbarte sich die Unfähigkeit mancher Politiker, die Problematik auch nur zu erkennen, die hinter der Diskussion um die Leitkultur steht – und das noch 20 Jahre nachdem Bassam Tibi seine Überlegungen präsentiert hatte.

Dieser Mangel sowie die vielfach unsachliche und lediglich in diffamierender Absicht vorgebrachte Kritik lassen es sinnvoll erscheinen, eben jene Problematik etwas eingehender auseinanderzulegen.





3. Leitkultur, Verfassungspatriotismus, Werte

Das Ungenügen von Abstraktionen

Von Beginn an stand die Debatte um die Leitkultur im Zusammenhang mit der Masseneinwanderung aus außer-europäischen, insbesondere muslimischen Kulturen. Der Zustrom von Fremden, die mit der europäischen und deutschen Lebensweise nicht vertraut sind und diese in Teilen sogar ge-

ringachten und zurückweisen, warf die Frage auf, worauf für ein auskömmliches Zusammenleben in Freiheit nicht verzichtet werden kann. Leitend war dabei die Überzeugung, dass Relativismus und Multikulturalismus keine angemessene Antwort auf diese Frage sein können. Die Politik des Relativismus und des Multikulturalismus führe letztlich zu einem unverbundenen Nebeneinander von Parallelgesellschaften, denen es an gemeinsamen Bezugspunkten für das allgemeine Zusammenleben mangelt. Die Fragmentierung der Gesellschaft führe zur Erosion des Rechts, zur Verschärfung sozialer Konflikte und zum Anstieg von Gewalt. Um diesen negativen Entwicklungen zu begegnen sei es notwendig, sich der Gehalte des verbindlichen Konsenses zu vergewissern, der die Grundlage gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens darstellt. Es gehe um das „Unverhandelbare“, wie de Maiziere das nannte.

Ganz richtig wurde hierfür zuerst auf zweierlei verwiesen, nämlich (a) auf die Verfassung als Grundlage des öffentlichen Zusammenlebens sowie (b) auf einen bestimmten Kanon verbindlicher Werte.

(a) In der Tat stellt die Verfassung eine verbindliche Orientierung für das Gemeinwesen dar. Die Verfassung ist diejenige Normenordnung, auf die der Staat alle seine Bürger und Bewohner verpflichten kann und muss. Allerdings gilt: Zum einen bleibt die Verfassung als Korpus von Rechtsnormen für das alltägliche Leben der Menschen ganz abstrakt. Niemand führt sein Leben mit einer Ausgabe des Grundgesetzes in der Hand. Zum anderen regelt die Verfassung in erster Linie den Rahmen für die Organisation des Staates sowie dessen Verhältnis zu seinen Bürgern. Wie die der Verfassung entsprechende öffentli-

che Ordnung konkret aussieht und wie sie die Gesellschaft mitgestaltet, wird erst im Alltag des Verfassungslebens, in der Verfassungswirklichkeit sichtbar. Und diese Wirklichkeit verweist über die rechtlichen Regelungen der Verfassung weit hinaus in die Geschichte des konkreten Staatswesens und in die Gesellschaft mit ihrer Kultur.¹⁷ Im Falle des deutschen Grundgesetzes ist dies beispielsweise augenfällig bei den Regelungen zum Staatskirchenrecht: Das Grundgesetz übernimmt hier ausdrücklich die einschlägigen Normen der Weimarer Reichsverfassung von 1919. Die wiederum sind nur vor dem Hintergrund der spezifischen Beziehungen verständlich, die sich zwischen Staat und christlichen Kirchen in Deutschland von der Reformationsepoche bis zum 19. Jahrhundert herausgebildet hatten. Selbstredend ändert sich eine Verfassung mit der Gesellschaft und ihrer Kultur, in die sie eingebettet ist. Die Verfassung selbst ist insoweit eine geschichtlich geprägte Form. Das bedeutet auch, dass sich der Sinn verfassungsrechtlicher Normen mit den Umständen verändern kann. Wie dieser Wandel jeweils zu verstehen ist und welche Folgen er hat, ist indes eine Frage der verfassungsrechtlichen Interpretation und der politischen Auseinandersetzung.¹⁸

Wie das deutsche Grundgesetz reflektiert jede Verfassung eine spezifische Nationalgeschichte und die aus dieser hervorgehende nationale Identität. Ohne die nationale Identität bliebe die jeweilige Verfassung nicht nur unverständlich, sondern könnte gar keine Wirklichkeit gewinnen. Denn die Verfassung muss ausgelegt werden, und dies tun konkrete Personen (z.B. Verfassungsrichter), die ein bestimmtes Sprachverständnis, einen bestimmten Bildungshorizont, eine Lebenserfahrung im Kontext ihres Volkes etc. mitbringen. All dies aber ist nicht im

Verfassungstext enthalten, sondern bringt diesen erst in konkreten Entscheidungen und Handlungen zum Leben.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass die Behauptung, die deutsche Leitkultur bestehe im Verfassungspatriotismus, abstrakt und leer bleiben muss, wenn dieser Verfassungspatriotismus von der nationalen Identität losgelöst verstanden wird. Tatsächlich meinte der Politikwissenschaftler Dolf Sternberger (1907-1989), der das Konzept des Verfassungspatriotismus in die Diskussion einbrachte, dass der Verfassungspatriotismus im Sinne der gelebten republikanischen Verfassung eine Realisierungsweise der nationalen Identität darstelle.¹⁹ Für Sternberger stand der Verfassungspatriotismus also keineswegs im Gegensatz zur Nation oder zum nationalen Patriotismus und sollte diese auch nicht ersetzen. Erst der politisch linke Philosoph Jürgen Habermas (* 1929) deutete das Konzept des Verfassungspatriotismus in der Weise um, dass es sich gegen Nation und Nationalstaatlichkeit wendet. Für Habermas soll der Verfassungspatriotismus das Nationale überwinden und eine postnationale Identität für eine multikulturelle Gesellschaft liefern.²⁰ Dieses Verständnis ist aber im Grunde das Gegenteil dessen, was Sternberger mit dem Begriff meinte. Bleibt man beim ursprünglichen Sinn des Begriffs, dann kann man festhalten, dass der Verfassungspatriotismus und die Verfassungskultur einen Teil der nationalen Identität ausmachen, diese aber nicht als Leitkultur ersetzen.

So ist auch treffend, was der Staatsrechtler Bernhard Schlink in diesem Zusammenhang konstatiert: „Mit der Bestimmung unserer Verfassungskultur zu unserer Leitkultur gelingt weder die hinreichende Vergewisserung unserer Identität noch auch





die Klärung, was von Flüchtlingen und Migranten an Integration verlangt werden kann. Von ihnen zu verlangen, dass sie das Grundgesetz schätzen oder auch nur verstehen über- und unterfordert, was Integration erfordert, und für ihr Verhalten gibt das die staatliche Gewalt organisierende und bindende Grundgesetz allenfalls spärliche Hinweise“.²¹

So unentbehrlich mithin ein Verfassungspatriotismus als Grundlage des öffentlichen Zusammenlebens sein mag, er ist hierfür bei weitem nicht ausreichend.

(b) Um dem Ungenügen des Verfassungspatriotismus zu entgehen, fokussierte sich ein erheblicher Teil derjenigen, die sich für das Konzept der Leitkultur und entsprechende politische Forderungen aussprachen, auf die Werte oder einen Wertekonsens, um die es bei der Leitkultur gehe.

Nun können Werte in der Tat eine integrative Wirkung entfalten. Wer spräche sich schon gegen beispielsweise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ oder gegen Gerechtigkeit oder Wahrhaftigkeit als maßgeblichen Werten aus? Zugleich liegt auf der Hand, dass Werte ganz verschieden interpretiert und verstanden werden können und insoweit Gefahr laufen, zu – oft beliebigen – „Leerformeln“ zu verkommen. Was beispielsweise für den einen als sozial gilt, muss für den anderen noch lange nicht sozial sein, auch wenn beide darin übereinstimmen, dass das Soziale eine wertvolle Sache sei.

Zudem sagen Werte als solche weder etwas darüber aus, wer eigentlich befugt ist, sie zu „setzen“, für verbindlich zu erklären und durchzusetzen, noch darüber, in welchem Maße und

wie sie zu verwirklichen seien. Mit den Normen und Prinzipien des Rechts verhält es sich ganz anders: Wer das Recht setzt und wer es durchsetzt, das ist klar geregelt.²²

Daher ist es auch höchst problematisch, wenn Werte gegen das Recht ausgespielt oder Werte über das Recht gestellt werden. Tatsächlich gibt es heute entsprechende Tendenzen im politischen und staatlichen Leben, Tendenzen, die eine Moralisierung von Recht und Staat bedeuten, und die letztlich die Rechtsstaatlichkeit aushebeln und den Verfassungsstaat in ein autoritäres Gesinnungsregime verwandeln. Gegen solche Entwicklungen bleibt daran zu erinnern, dass die Bürger im Verfassungsstaat auf die Befolgung des Rechts verpflichtet sind, nicht aber auf die Verwirklichung von oder das Bekenntnis zu bestimmten Werten. Es sind gerade Verfassung und Recht, die uns vor dem schützen, was die „Tyrannei der Werte“ (Nicolai Hartmann) genannt wird. Zu Recht nämlich hat man darauf verwiesen, dass es „im Leben den Rigorismus der einzelnen Werte“ gebe, der sich „bis zum Fanatismus steigern“²³ könne. Jeglicher moralische Fanatismus – sei es der Fanatismus der Gerechtigkeit, der Nächstenliebe, der Fernstenliebe, der Demokratie oder welcher Fanatismus auch immer – führt geradezu zur Missachtung nicht nur anderer Werte, sondern vor allem auch des Rechts und der Freiheit.

Die politische Debatte im Deutschland der Gegenwart ist geprägt durch die Berufung auf eine ganze Reihe von Werten, denen man den Charakter quasi unantastbarer, absoluter und nicht in Frage zu stellender Tabus zuschreibt. Der Rekurs auf die entsprechenden Werteformeln dient nicht etwa der sachlichen Diskussion oder der Stiftung von Gemeinsamkeit, sondern

vor allem dazu, abweichende Meinungen, Skepsis oder Kritik zu diskreditieren bzw. mundtot zu machen und die Vertreter anderer Auffassungen auszugrenzen. Allen diesen Formeln ist gemeinsam, dass sie strittige politische oder rechtliche Zusammenhänge moralisieren, sie dabei auf ein Gut/Böse-Schema reduzieren und für sich selbst jeweils beanspruchen, die Seite des Guten zu repräsentieren. Auf diese Weise führt die Praxis des öffentlichen Diskurses und der politischen Auseinandersetzung in eine antipluralistische Nötigung zum Konsens und zum Konformismus – eben dies ist die ideologische Logik der „politischen Korrektheit“ und ihrer Sprachdiktate.²⁴ Die Werte, auf die man sich zu diesem Zweck beruft, werden dabei in der Regel ganz einseitig und oft entgegen ihrer üblichen und alltäglichen Bedeutung verstanden. Exemplarisch für die derart ins Werk gesetzte Tyrannei der Werte seien folgende Wertformeln erläutert:

- **„Offenheit“:** Offenheit meint im üblichen Verständnis Ehrlichkeit oder Aufgeschlossenheit und Unvoreingenommenheit. Die Protagonisten der Offenheit im heutigen politischen Diskurs meinen gerade dies aber nicht. Sie verstehen unter der Forderung der Offenheit in erster Linie kritiklose Hinnahme aller politischen und sonstigen Entscheidungen oder Vorgänge, die eine Aushöhlung unseres Selbstverständnisses und deutscher Selbstverständlichkeiten intendieren und die auf einen radikalen Umbau der deutschen Gesellschaft im Sinne des Multikulturalismus abzielen. Die Forderung von Offenheit bedeutet heute vor allem die Forderung, Masseneinwanderung zu befürworten und Staatsgrenzen, jedenfalls die deutschen Staatsgrenzen, abzuschaffen („Weltoffenheit“). Sie bedeutet aber beispielsweise nicht die Forderung, sich unvoreingenommen (also „offen“ im üblichen Sinne) mit anderen Po-

sitionen oder Weltanschauungen auseinanderzusetzen. Eine offene Diskussion über den Islam beispielsweise ist bei den Befürwortern der politisch korrekten „Offenheit“ auf keinen Fall erwünscht.

- **„(Bunte) Vielfalt“:** Moderne westliche Gesellschaften sind von jeher in sich plural, also vielfältig. In Deutschland etwa kennt man eine Vielzahl von Landsmannschaften, die unterschiedlichsten regionalen Traditionen, Sitten, Gebräuche etc. und eine große Zahl von gesellschaftlichen Gruppierungen, Verbänden und Vereinen. Diese selbstverständliche Vielfalt wird seit langem als Pluralismus bezeichnet. Die heutige Rede von „Vielfalt“ meint aber diesen Pluralismus gerade nicht, sondern wirft ihm im Gegenteil und absurderweise vor, „monokulturell“ zu sein. Die demgegenüber geforderte „Vielfalt“ meint also die Beseitigung der angestammten und vertrauten Vielfalt und deren Ersetzung durch möglichst viele nicht historisch ansässige, sondern von außen kommende Gruppen. Die Ergänzung der Rede von der Vielfalt durch das Beiwort „bunt“ verweist explizit darauf, dass die Forderung nach Vielfalt auf die Durchmischung der Bevölkerung mit Personengruppen anderer Hautfarbe abzielt. Dieser Forderung dürfte nicht zuletzt die Verachtung des Eigenen in Form einer Verachtung der eigenen (weißen) Hautfarbe (oder des „Weißseins“) zugrunde liegen.
- **„Mitmenschlichkeit“:** Die Formel postuliert eine „Menschheits-solidarität“, die ihren Grund im Menschsein aller Menschen finden soll und die zugleich gegen jede Solidarität partikularer Gruppen in Stellung gebracht wird. Der Bezug auf das Menschsein bedeutet dabei eine letztlich antipolitische Abs-

traktion, indem auf ein biologisches Gattungsmerkmal (homo sapiens sapiens) abgehoben wird, alle spezifizierenden Merkmale von Personen aber ausgeblendet werden. Politik bezieht sich jedoch gerade auf solche Merkmale, also auf spezifische Gruppen (z.B.: Familien, Behinderte, Steuerzahler, Beitragszahler, Arbeitnehmer, Witwen, Rentner, Fußgänger, das Volk etc.), die sie zu ihrem Recht kommen lassen muss. Die Forderung der Mitmenschlichkeit wird von ihren Protagonisten im Übrigen gar nicht universal gemeint; sie soll in der Regel bestimmte partikulare Rechte und Interessen bedienen, andere dagegen in Misskredit bringen und propagiert meist die Durchsetzung einer multikulturellen Gesellschaft.

- **„Gender“:** Hiermit ist ursprünglich die soziale Prägung der Geschlechtlichkeit („soziales Geschlecht“) gemeint – im Unterschied zum biologischen Geschlecht. Diese soziologische Bedeutung von „Gender“ ist längst von einer politisch-ideologischen verdrängt worden, der zufolge es im Grunde keine Natur und keine biologischen Prägungen des Menschen gibt. Namentlich das Geschlecht (eben „Gender“) soll letztlich Resultat eigener Entscheidung und frei wählbar sein. Damit sich niemand in seiner frei gewählten Geschlechtlichkeit benachteiligt oder diskriminiert fühlt, müssen alle möglichen Maßnahmen des Staates für „Geschlechtergerechtigkeit“ bzw. „Gendergerechtigkeit“ sorgen, z.B. indem ein „geschlechtergerechter“ Sprachgebrauch oder die Einrichtung von „All-Gender-Toiletten“ durchgesetzt wird (Politik des „Gender-Mainstreaming“). „Gender“ wird vor allem als Wertformel verwendet, um die traditionelle Familie (Vater, Mutter und ihre Kinder) zu torpedieren und einen familienpolitischen Relativismus zu installieren – etwa auf dem Wege der Durch-

setzung einer „Ehe für alle“ oder des Adoptionsrechtes für homosexuelle Paare etc.

Gegen die hier exemplarisch aufgezeigte Ideologisierung und ideologische Neuschöpfung von Werten und deren tyrannische Durchsetzung ist daran zu erinnern, dass das Konzept der Werte seinerseits darauf verweist, dass die Werte in der Praxis vermittelt sein müssen erstens durch die Rechtsordnung (die uns gerade auch vor der Tyrannei der Werte und vor Fanatismus schützt), zweitens aber durch die Gewohnheiten, Verhaltensweisen, Traditionen, Mentalitäten etc., die das wertorientierte Handeln der Menschen leiten. Erst im Kontext einer eingespielten Praxis vermögen Werte eine Orientierung im Zusammenleben zu geben. Mithin verweisen auch die Werte, auf die wir uns zur Klärung unseres Selbstverständnisses berufen, auf diejenige Kultur und Lebensweise, in denen diese Werte gelebt werden.

Die Werte als solche bleiben aber Abstraktionen von höchster Allgemeinheit und insofern besonders ideologieanfällig. So richtig es daher ist, wenn im Zusammenhang der Leitkulturdebatte von den gemeinsamen Werten, insbesondere von den europäischen oder westlichen Werten gesprochen wird, so sehr gewinnen diese Werte Leben und Wirklichkeit doch erst in der Vermittlung durch die konkrete kulturelle Praxis, das entsprechende kollektive Selbstverständnis und im Rahmen der jeweiligen Verfassungs- und Rechtsordnung. Die gemeinsamen europäischen Werte, auf die in der Diskussion rekurriert wird, prägen sich in national vermittelten Gestalten aus. Das findet seinen Niederschlag nicht zuletzt in unterschiedlichen Staatsverständnissen, in den verschiedenen Arten und Weisen der

Staatsorganisation, des Verwaltungsaufbaus, der institutionellen Ausgestaltung des öffentlichen Lebens und in den entsprechenden Verhaltensweisen und Erwartungen der Bürger. Wir finden hier zutiefst nationale bzw. nationalstaatliche Prägungen, woran auch die umfangreichen Tätigkeiten der Brüsseler EU-Administration trotz ihres Zieles, diese Prägungen zu überwinden, bisher noch wenig ändern.

So sind zwar sowohl der Verfassungspatriotismus als auch die gemeinsamen Werte für das öffentliche Zusammenleben unentbehrlich. Doch mit Blick auf die Frage nach der Grundlage des gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens weisen beide über sich hinaus auf das kollektive Selbstverständnis mit seiner Geschichte, seinen Prägungen, Traditionen und Institutionen, kurz gesagt: auf die kollektive Identität.

Die Frage nach der Identität stellt sich heute mit besonderer Dringlichkeit, nämlich angesichts ihrer Infragestellung durch Masseneinwanderung und Multikulturalismus. So wundert es nicht, dass die Überlegungen Thomas de Maizieres von dieser Frage ihren Ausgang nehmen: „Wer sind wir? Und wer wollen wir sein?“, beginnt er seinen Beitrag zur Leitkultur. Schon Tibi hatte den Zusammenhang zwischen Leitkultur und Identität – gerade im Kontext der Integrationsproblematik – hervorgehoben, wenn er schrieb: „Integration erfordert, in der Lage zu sein, eine Identität zu geben. Zu jeder Identität gehört eine Leitkultur“.²⁵ Vor allem aber, so muss man den letzten Satz ergänzen, gehört zu jeder Leitkultur eine Identität.



4. Leitkultur und Identität: Was uns ausmacht

Von Identität ist in zweierlei Hinsicht die Rede: Zum einen bezeichnen wir damit die persönliche Identität einer Person, zum anderen die kollektive Identität von Gemeinschaften. Beide Identitätsformen hängen eng miteinander zusammen. Wer wir als individuelle Person sind, erlernen wir im Medium der Gemeinschaften, in denen wir aufwachsen und leben, namentlich in deren Symbolwelten. Identität zeigt sich uns in beiden Fällen zunächst als das fraglos gelebte Selbstverständnis, sei

es der einzelnen Person, sei es einer Gemeinschaft, das sich keineswegs nur bewusst, sondern immer auch unbewusst bildet und fortentwickelt. In beiden Fällen ist sie nicht etwas einfachhin Feststehendes, etwas Gegebenes, sondern stets etwas Aufgegebenes. Dies zeigt sich beispielsweise auch in (individuellen oder kollektiven) Identitätskrisen, in denen das Selbstverständnis irritiert und herausgefordert wird. Gerade in solchen Krisen verlangt Identität nach Klärung. Im Falle der kollektiven Identität sind die Versuche, diese zu bestimmen, der Streit um ihre Deutung, die Kritik ihrer Gehalte zentral für die gemeinsame Selbstverständigung,²⁶ die nur im öffentlichen Raum erfolgen kann.

Allerdings kann sich Identität nicht ein für alle Mal selbst durchsichtig werden; vielmehr bleibt sie sich immer ein Stück weit rätselhaft. Folglich lässt sich eine Identität niemals abschließend oder erschöpfend beschreiben, definieren oder festlegen.²⁷

Dementsprechend gilt: Was die deutsche Identität ausmacht, lässt sich nicht in einer Liste erschöpfend aufzählen. Sehr wohl aber hat diese Identität eine Vielzahl von „Trägern“ oder „Verkörperungen“, durch die die Identität repräsentiert wird. Von allergrößter Bedeutung ist dabei die deutsche Sprache als identitätsbildender Faktor. Was sodann die deutsche Identität ausmacht, manifestiert sich in geographischen Orten und historischen Daten, in Bauwerken und Denkmälern, in Bildern, Emblemen und Symbolen, in literarischen Werken, in Liedern und Gedichten, in repräsentativen Personen, in Traditionen, in Festen und nicht zuletzt in mythischen Erzählungen sowie in der besonderen Ausprägung bestimmter Tugenden, in denen sich die Eigentümlichkeiten des Nationalcharakters

zeigen. In alledem kommt die deutsche Seele zum Ausdruck, spiegeln sich Mentalität, Sichtweisen, Wahrnehmungen und Gefühle, die das prägen, was uns als Gemeinschaft ausmacht.

Exemplarisch seien genannt: Das Bauhaus, Benedikt XVI. („Wir sind Papst“), der Deutsche Idealismus, unsere Dichter und Denker (wie z.B. Goethe, Schiller, Heine, Fontane), der Diplomingenieur, die D-Mark, das evangelische Pfarrhaus, die Fußball-Bundesliga, Gemütlichkeit, Grimms Märchen, die Hanse, unsere Komponisten (wie Bach, Beethoven, Mendelssohn Bartholdy, Wagner), Martin Luther und die Reformation, Ordnungsliebe, das Reinheitsgebot, der Schrebergarten, VW Käfer und Trabant, das „Wirtschaftswunder“, Winnetou, Wurst (Thüringer Bratwurst, bayrische Weißwurst etc.).

Als Orte, Regionen, Bauwerke oder Denkmäler seien erwähnt der Bayrische Wald, der Kölner Dom, das Kyffhäuser-Denkmal, die Paulskirche, der Rhein, der Thüringer Wald, das Völkerschlachtdenkmal, die Wartburg, die Wasserkuppe, die Wiener Hofburg, die Schlosskirche Wittenberg.

Schließlich seien als identitätsprägende historische Daten beispielsweise das Wartburgfest (18. Oktober 1817), das Hambacher Fest (Mai/Juni 1832), der 17. Juni 1953, der 13. August 1961 oder der 9. November 1989 genannt.

Die aufgezählten Erinnerungsorte, Vorgänge, Symbole oder Daten nehmen oft den Charakter von „Mythen“ an. Ein Mythos in diesem Sinne ist nicht etwa eine falsche, märchen- oder gar lügenhafte Vorstellung, die beispielsweise durch wissenschaftliche Forschung „widerlegt“ werden könnte. Vielmehr ist

ein Mythos eine Erzählung, deren Funktion gerade in der Identitätsstiftung und in der Integration von Gemeinschaft besteht, die als solche allerdings kritisiert und sogar „dekonstruiert“ werden kann. Ein solcher Mythos hat stets einen „wahren Kern“, knüpft an eine konkrete Begebenheit, ein Ereignis, einen Ort oder einen Begriff, ja selbst an wissenschaftliche Konzepte an. Dementsprechend ist beispielsweise vom „Mythos Wirtschaftswunder“, vom „Mythos Trümmerfrauen“, vom „Mythos 1968“ oder vom „Mythos Weimar“ die Rede.



Zu den Tugenden, die unsere kollektive Identität ausmachen, gehören beispielsweise die Liebe zu Genauigkeit und Präzision, Fleiß, Ordnungsliebe, Leistungsbereitschaft oder Pünktlichkeit. Diese Eigenschaften gibt es selbstredend auch bei anderen Völkern, doch werden sie den Deutschen gerade von anderen als besonders charakteristisch zugeschrieben. Es sind diese Tugenden, die auch hinter den Leistungen des weltweit geach-



Die Grundlage jeder funktionierenden Gesellschaft ist Vertrauen.

teten deutschen Handwerks oder der deutschen Ingenieurkunst und allgemein der deutschen Wertarbeit stehen. Diese erfahren als Qualitätsmarken auch heute weltweite Achtung und Bewunderung („Made in Germany“). Hier wird erkennbar, dass die kollektive Identität auch die Basis dessen bildet, was als das „soziale Kapital“ einer Gemeinschaft bezeichnet wird. Mit dem Begriff des sozialen Kapitals sind Merkmale des sozialen Lebens gemeint, die die Kooperation der Menschen befördern bzw. durch die Beteiligte gemeinsame Ziele besser oder effektiver erreichen können. Dazu zählen nach dem Politikwissenschaftler Robert D. Putnam insbesondere soziale Netzwerke, Normen (namentlich der verallgemeinerten Wechselseitigkeit) und vor allem Vertrauen.²⁸ Gerade das wechselseitige Vertrauen der Mitglieder einer Gemeinschaft ist in besonderem Maße nicht nur für eine lebendige Demokratie, sondern auch für ein gedeihliches Wirtschaftsleben unentbehrlich. Folglich hat der Mangel an sozialem Kapital zum einen negative Auswirkungen auf den politischen Zusammenhalt wie auch zum anderen steigende ökonomische Transaktionskosten und eine Schwächung der wirtschaftlichen Entwicklung zur Folge.

An den aufgeführten Beispielen von identitätsprägenden Orten, Bauwerken, Daten etc. lassen sich weitere wichtige Aspekte kollektiver Identität ablesen. Zu nennen sind die folgenden:

- Eine kollektive Identität ist sowohl im Ganzen als auch in ihren Aspekten und Elementen nie völlig eindeutig. Dementsprechend erweisen sich in der Regel auch die identitätsrepräsentierenden Zusammenhänge als ambivalent. Beispielsweise ist der 9. November ein ambivalentes Datum, indem er auf die Ausrufung der Republik im Jahr 1918 ebenso verweist wie auf Hitlers „Marsch auf die Feldherrnhalle“ 1923, die antijüdische Reichspogromnacht von 1938 und den Tag des Mauerfalls 1989. Mithin stellt sich das geschichtsträchtige Datum des 9. Novembers als durchaus spannungsreicher und zwiespältiger aber eben auch darin repräsentativer Bezugspunkt deutscher Identität heraus.²⁹
- Die Ambivalenz und Uneindeutigkeit, die den repräsentierenden Daten, Orten, Symbolen etc. eignet, verweist darauf, dass die kollektive Identität immer wieder zum Gegenstand der öffentlichen Reflexion und Auseinandersetzung zu machen und darin zu aktualisieren ist. Auf diesem Wege erfolgt die kollektive Selbstvergewisserung im Wandel der Zeit.
- Die Aktualisierung der Identität bedeutet stets einen Rückgriff auf das kollektive Gedächtnis, das sich an jenen Daten, Orten, Symbolen etc. orientiert und gewissermaßen den „Stoff“ der Identität bildet.³⁰ Der Begriff des Gedächtnisses macht auch einsichtig, dass manche Aspekte der kollektiven Identität verblasen und entschwinden, andere hinzukommen. Auch hierfür kann man als Beispiel den 9. November neh-

men. Die kollektive Identität ist nicht statisch, sondern ein lebendiger, vom Herkommen geprägter und geschichtlich geformter Prozess.

- Eine Identität ist nicht monolithisch, sondern hat verschiedene Dimensionen. Das gilt für die persönliche wie für die kollektive Identität. Die persönliche Identität kennt mehrere Rollen, die die Person immer wieder integrieren muss. Diese Rollen (z.B. als Mutter, Berufstätige, Vereinsmitglied etc.) bilden Teilidentitäten des Individuums. Das gilt auch mit Blick auf die Teilhabe der Person an ihren kollektiven Identitäten – als Europäer, Deutscher, Thüringer etc.
- Die Dimensionen der Identität stehen keineswegs immer in einem harmonischen Verhältnis zueinander. Vielmehr kennen wir Spannungen und Konflikte innerhalb der Identität, die sich bis zu Identitätskrisen auswachsen können. Das gilt auch für die kollektive Identität, die an unterschiedliche, oft konfliktierende und bisweilen einander widersprechende Erinnerungen und Erinnerungsträger anknüpft. Dementsprechend differieren auch die Bewertungen einzelner Aspekte der kollektiven Identität: Eine kollektive Identität enthält sowohl positiv als auch negativ bewertete Bestandteile.

Für die Deutschen ist es insbesondere die Zeit des Nationalsozialismus, die einen Schatten auf die kollektive Identität wirft. Zweifellos ist das Verhältnis zum Nationalsozialismus Bestandteil der deutschen Identität geworden. Dabei lässt sich seit der sogenannten 1968er-Bewegung, vor allem aber seit den 1980er Jahren beobachten, dass dieses Verhältnis von politischer Seite zunehmend ideologisiert wurde. So kam es nicht nur zur

spezifisch deutschen Variante der „Political Correctness“ als einer Sprachpolitik, die Sprache, Literatur und öffentliche Debatten mittels des „historischen Verdachts“ zu steuern und einzuengen sucht.³¹ Vielmehr werden heute zum einen mehr und mehr politische Entscheidungen unter Hinweis auf die NS-Diktatur möglichst ohne Diskussion durchzusetzen gesucht, und zum anderen begreift man die NS-Vergangenheit überhaupt als Auftrag, die Nation mit ihrer Geschichte verächtlich zu machen und alles Deutsche aus der Welt zu schaffen. Solche ganz unvernünftigen Umgangsweisen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wiederum haben in weiten Teilen der Bevölkerung einen Überdruß und in der Folge eine Abwendung von der deutschen Geschichte überhaupt hervorgerufen. So laufen wir heute gerade in Deutschland Gefahr, unter dem alles verdunkelnden Schatten des Dritten Reiches zu einem geschichtslosen Volk zu werden,³² das für die Regierenden so lange bequem ist, als es mit einem breiten Konsumangebot zufriedengestellt werden kann. Derart domestizierte Bürger sind unseren Regierenden willkommen, denn solche Bürger lassen sich leichter manipulieren.

Indes ist die Geschichtslosigkeit, die der Manipulation und Zerstörung der Identität Tür und Tor öffnet, ein allgemeineres Phänomen in den westlichen Gesellschaften. Es wurde beispielsweise von dem Historiker Eric Hobsbawm vor einigen Jahren beschrieben: „Die Zerstörung der Vergangenheit oder vielmehr die jenes sozialen Mechanismus, der die Gegenwärtigerfahrung mit derjenigen früherer Generationen verknüpft, ist eines der charakteristischsten und unheimlichsten Phänomene des späten 20. Jahrhunderts. Die meisten jungen Menschen am Ende dieses Jahrhunderts wachsen in einer Art permanen-

ter Gegenwart auf, der jegliche organische Verbindung zur Vergangenheit ihrer eigenen Lebenszeit fehlt“.³³

Indem die Geschichtslosigkeit das Band zerstört, das die Gesellschaft eint, untergräbt sie auch die Voraussetzung zur Bildung eines politischen Willens. Demgegenüber gilt es, nicht nur ein nüchtern-sachliches Verhältnis zur deutschen Geschichte zu etablieren, sondern die Ressourcen der historisch gewachsenen Gemeinschaften anzueignen. Das bedeutet insbesondere, die Nation mit ihrer Geschichte nicht länger verächtlich zu machen, sondern einen Patriotismus zu pflegen, der für eine lebendige Demokratie unentbehrlich ist (siehe dazu weiter unten Kap. 5.). Erst der gelebte Rekurs auf die gemeinsame Geschichte, auf das nationale kollektive Gedächtnis ermöglicht die Bildung eines „Wir“ jenseits der individuellen Bedürfnisse des „homo oeconomicus“; ein „Wir“ ohne das es den demokratischen Staat gar nicht geben kann.



Die Identität jenes „Wir“ wird missverstanden, wenn sie als isoliert und isolierend charakterisiert wird: Sowenig wie die individuelle persönliche Identität sich gegenüber ihrer Umwelt abschließen kann, ohne zugrunde zu gehen, so wenig haben kollektive Identitäten einen hermetisch-ausschließenden Charakter. Auf die kollektive Identität wirken Einflüsse von außen ebenso wie umgekehrt die Leistungen, die auf dem Boden kollektiver Identität hervorgebracht werden, auch nach außen wirken. Insoweit erweist sich in der Regel eine nationale Kultur in vielen ihrer Aspekte zugleich als Teil einer umfassenden Kulturgemeinschaft. Die deutsche Kultur ist dementsprechend ein Teil der europäischen Kultur, die in Deutschland eine ganz spezifische Ausprägung erfahren hat – nicht anders als in Italien, Polen oder der Schweiz.

So kennen beispielsweise alle europäischen Nationen gemeinsame Feiertage wie Weihnachten und Ostern, die dem christlichen Festkalender entstammen, während wiederum spezifisch nationale Feiertage nur in den einzelnen Ländern begangen werden (der 3. Oktober als Tag der deutschen Einheit, der 14. Juli als Nationalfeiertag in Frankreich etc.). Für eine gesamteuropäische intellektuelle Strömung, die ihre je spezifischen nationalen Spielarten kannte, sei an die Aufklärung erinnert. Sie erhielt in Deutschland ihre Prägung durch Personen wie Leibniz, Lessing oder Kant. Nicht zuletzt die Philosophie Kants und sodann das Denken des weltweit auch so bezeichneten Deutschen Idealismus („German Idealism“) wirkten wiederum in die (philosophische) Welt hinein.

Es liegt auf der Hand, dass sich nicht jeder Einzelne mit allen Elementen der deutschen Identität identifiziert. Das wäre auch unmöglich. So mag nicht jeder Bratwurst oder hört gerne die Opern des Richard Wagner. Tatsächlich finden sich von manchen der Elemente, die unsere nationale Identität prägen, oft nur noch blasse Spuren im breiteren Bewusstsein der Menschen. Beispielsweise kennen heute selbst Abiturienten Goethe oder Schiller bisweilen nur noch vom Hörensagen. Entscheidend bleibt aber: Die Elemente der deutschen Identität haben eine Präsenz im öffentlichen Raum, sind selbstverständliche Bezugs- und Anknüpfungspunkte nicht nur in der Bildung, im Kulturleben oder in der Politik unseres Landes, sondern auch in privaten wie gesellschaftlichen Foren (etwa im Vereinsleben). Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Identität der Pflege bedarf. Vor allem in den Schulen und den Bildungseinrichtungen muss die Förderung einer lebendigen Vermittlung der identitätsprägenden Inhalte unserer Kultur und Geschichte

wieder zur pädagogischen Leitlinie werden. Namentlich der Geschichtsunterricht ist aufzuwerten, und anstatt lediglich auf Methodenkenntnisse und sogenannte Kompetenzen abzuheben, müssen die Inhalte und deren Beurteilung wieder in den Vordergrund des schulischen Unterrichts gerückt werden.

Auch wenn Identität und Identitätsbildung lebendige Prozesse sind, die teilweise mit bewusster Reflexion einhergehen (insbesondere in den Schulen erfolgt eine Vermittlung von Identität), so handelt es sich im Ergebnis doch stets um spontane, ungesteuerte Prozesse. Der Versuch, Identität und Identitätsbildung per staatlicher Entscheidung in eine bestimmte Richtung zu nötigen, bestimmte Elemente der Identität zu unterdrücken oder aus politischen Motiven heraus neue Identitätselemente aufzunötigen oder bestimmte neue kulturelle Verhaltensweisen- oder Sichtweisen zu erzwingen, weckt den Verdacht ideologischer Manipulation und hat meist Züge autoritärer Herrschaftspraxis. Hierher gehören nicht zuletzt die Versuche der Sprachsteuerung im Sinne der „politischen Korrektheit“. Sie verfolgt das Programm, den Menschen eine „neue Identität“ aufzunötigen – und zwar eine solche, die mit der Zerstörung der Identität unserer Herkunft einhergeht. Das ist die Intention des Programms der Multikulturalisierung. Hier wird unter dem Banner von „Weltoffenheit“, „Toleranz“ oder einer abstrakten „Menschheit“ („one world“) an der Zerstörung der Nation und des Eigenen schon insoweit gearbeitet, als die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft bereits per se einen Angriff auf die nationale Identität darstellt. Ein solcher Angriff ist heute ausgesprochen oder unausgesprochen das Programm der Regierungen in Bund und Ländern wie auch der EU, ein Angriff, dem sich die AfD entgegenstellt (siehe dazu Kap. 6 und 7.).



Wartburg-Heimweh

*Wo ich streife, wo ich jage,
Bleibt ein Wunsch mir ungestillt,
Weil ich stets im Sinne trage,
Wartburg, deiner Schönheit Bild.
In des Forsts umlaubtem Grunde,
In der Talschlucht dunklem Graus
Sehnt das Aug' zu jeder Stunde
Sich nach dir, mein »Herz-ruh-aus«!*

*Hei, nun ist der Grat erstiegen,
Der sich hub als Scheidewand,
Und ich seh' dein Banner fliegen
Fern um schmalen Felsenrand...
Gleich erregten Meereswogen
Sträubt sich Berg an Berg empor,
Deiner Mauern lichter Bogen
Ragt als Leuchtturm drüber vor.*

*Und ich kenn' aus luftger Ferne
Jedes Stück des stolzen Baus,
Bergfried, Zwinger und Zisterne,
Pallas, Tor und Ritterhaus:
Und ich grüß' die kleine Lücke
In des Turmes hoher Wand
Wo ich mir und meinem Glücke
Eine zweite Heimat fand.*

Joseph Victor von Scheffel (1836)



5. Nation und Patriotismus

Als das politisch entscheidende „Wir“ hat sich die Nation gerade nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Internationalismus erwiesen. Sie stellt das entscheidende Prinzip der Politik moderner Gesellschaften dar, das den demokratischen Verfassungsstaat tragen und vermitteln kann. Diese Einsicht wird von denjenigen ignoriert, die heute einer unkritischen Befürwortung der Globalisierung (Globalismus) fröhnen. Gerade vor dem Hintergrund der Globalisierung nämlich zeigt sich, dass

die Bedeutung der Nation nicht aufgehoben ist, diese vielmehr angesichts der Zunahme anonymer Prozesse und Strukturen an Bedeutung gewinnt.

Der Begriff der Nation verweist seinerseits auf Identität, kollektives Gedächtnis und deren politische Integrationskraft, wie die klassische Beschreibung Ernest Renans bestätigt. Renan stellte 1882 fest: „Eine Nation ist eine Seele, ein geistiges Prinzip. Zwei Dinge, die in Wahrheit nur eins sind, machen diese Seele, dieses geistige Prinzip aus. Eines davon gehört der Vergangenheit an, das andere der Gegenwart. Das eine ist der gemeinsame Besitz eines reichen Erbes an Erinnerungen, das andere ist das gegenwärtige Einvernehmen, der Wunsch zusammenzuleben, der Wille, das Erbe hochzuhalten, welches man ungeteilt empfangen hat“.³⁴

Nationale Identität (Renans Nation als „geistiges Prinzip“) speist sich demnach aus einem reichen geschichtlichen Erbe, aus einer kollektiven Erinnerung, die wiederum mentalitätsprägend wirkt und so Fundament der Leitkultur und der ihr entsprechenden öffentlichen Ordnung wird. Sie nährt den von Renan angesprochenen Willen zum Zusammenleben. Hier bestätigt sich, dass die verfassungsstaatliche Ordnung und der Verfassungspatriotismus ohne Verwurzelung in der nationalen Identität keinen Bestand haben können: „Der nationale Gedanke selbst ist die Kraft, die die modernen Gesellschaften erst politik- und demokratiefähig machte. Die Nation hatte zu ihrer Begründung nicht das Ergebnis individueller Gewinn- und Interessenverfolgung, sondern ihre Voraussetzung war das gemeinsam geteilte geschichtliche Gedächtnis“.³⁵

Die Verwurzelung in der nationalen Identität findet ihren Ausdruck im Patriotismus, in der Liebe zur Patria, zum Vaterland. Mit der Liebe zum Vaterland ist die gerade auch gefühlsmäßige Bindung an die Gehalte und Symbole der eigenen Nation gemeint, das Sich-heimisch-fühlen im Eigenen der nationalen Identität. Aus diesem Patriotismus heraus speist sich der Bürgersinn, der sich in der gelebten Bejahung der gemeinsamen öffentlichen Ordnung niederschlägt und insoweit auch den Verfassungspatriotismus motiviert und die Demokratie lebendig erhält. Ein solcher Patriotismus muss weder unkritisch noch gefühlsduselig sein, er bedeutet auch nicht ein Herabsehen auf andere Völker und Lebensweisen. Schließlich steht er einer Anerkennung universaler Prinzipien und Rechte keineswegs entgegen.³⁶

Tatsächlich schließen sich die Pluralität der Nationen einerseits und der Begriff einer universalen Menschheit nicht aus, sofern der Begriff der Menschheit nicht falsch verstanden wird. Die Menschheit ist nicht die globale Gesamtheit aller gerade lebenden Individuen, sondern sie begegnet in der Vielzahl der historischen Völker und Kulturen, in denen sich die Individuen entfalten und entwickeln.³⁷ Nach Johann Gottfried Herder (1744-1803), einem Vordenker des Nationalgedankens, bilden die Vielzahl und Vielfalt der Völker das Bauprinzip der einen Menschheit. Herder erkannte in der Perspektive dieser Vorstellung auch, dass jede Nation sich in ihrer Eigenart soll entfalten dürfen, dass aber dieses Recht allen Völkern gleichermaßen zusteht. Daher sollte kein Volk für sich in Anspruch nehmen, anderen Völkern die eigene Lebensweise aufzwingen oder sich in die Lebensweise eines anderen Volkes einmischen zu dürfen. Es ist dieser Gedanke, der auch hinter dem seit der Französi-

schen Revolution anerkannten Prinzip der nationalen Selbstbestimmung steht. Dieses Prinzip ist zentral für das moderne Völkerrecht; seine Missachtung hat immer wieder zu Konflikten und Unfrieden geführt.

Für die Politik im 21. Jahrhundert, sei es die Innenpolitik, sei es die internationale Politik, bleiben Nation und Patriotismus unentbehrlich. Ohne sie dürfte es kaum möglich sein, den zentrifugalen Kräften und den sozialen Konflikten entgegenzutreten, denen sich die freien Länder des Westens heute ausgesetzt sehen: Die immer komplexer werdenden Gesellschaften, die sich einem raschen Wandel und dem Druck der Globalisierungsprozesse ausgesetzt sehen, werden politisch nur dann weiterhin integrationsfähig bleiben, wenn sie sich ihres „Wir“, ihrer Identität und ihrer Leitkultur versichern, aus denen sich der kollektive Wille zum Zusammenleben speist. Daher gilt es auch, denjenigen politischen Kräften entschieden zu widerstehen, die ausgesprochen- oder unausgesprochenmaßen Nation und Identität in zerstörerischer Absicht angreifen. Bei diesen politischen Kräften handelt es sich keineswegs nur um extremistische Randgruppen wie die sog. „Antideutschen“, hinter deren Fahne sich auch beispielsweise eine Grünen-Politikerin wie die heutige Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth stellt. Vielmehr gibt es eine breite politische Phalanx von Vertretern inter- und supranationaler Organisationen über linke und grüne Politiker bis zu solchen aus den Reihen bürgerlicher Politik, die an der Beseitigung der Nation und der nationalen Identität arbeiten.



6. Der Angriff auf unsere Identität

Der Angriff auf unsere Identität erfolgt aus verschiedenen Richtungen, mit unterschiedlichen Motivationen und Begründungen und einer großen Bandbreite von Instrumenten. So lassen sich auf internationaler wie auf nationaler Ebene verschiedene Pläne, Maßnahmen oder Gesetze identifizieren, deren Wirkung letztlich darin besteht, die westlichen Nationen zu unterminieren, angestammte Nationalkulturen und Identitäten aufzulösen und den Nationalgedanken zu diskreditieren. Einige

Beispiele einer entsprechenden Politik, die sich fast immer unter Berufung auf Werte (Vielfalt, Diversität, Toleranz, Weltoffenheit etc.) in Szene setzt, seien hier angeführt.³⁸

Zum Beispiel die UNO

Eine Ende 2015 bekanntgewordene Studie der UNO (Abteilung Bevölkerungsfragen) befasst sich mit der sogenannten „Bestandserhaltungsmigration“.³⁹ Vor dem Hintergrund von Bestandsaufnahmen und Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in acht Industrieländern bzw. Europas und der EU legt die Studie nahe, dass die Politik jener Länder genötigt sei, die Zuwanderung von Abermillionen Ausländern bis zum Jahr 2050 zu betreiben. Diese „Bestandserhaltungsmigration“ könne den Bevölkerungsrückgang, das Schrumpfen des Anteils von Erwerbsfähigen an der Gesamtbevölkerung sowie die gesellschaftliche Überalterung ausgleichen. In verschiedenen Szenarien werden näherhin bestimmte politische Ziele einer solchen Politik skizziert, deren Erreichung ein bestimmtes Maß an Zuwanderern fordere. Wollte beispielsweise Deutschland den Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) konstant halten (Szenario IV), läge die Gesamtzahl der bis 2050 ins Land zu holenden Ausländer demnach bei 24 Millionen (oder 487.000 pro Jahr).⁴⁰

Die Studie arbeitet mit einer Reihe unausgesprochener Vorannahmen, die überaus problematisch bzw. von vornherein falsch sind. Zum Beispiel wird unterstellt, dass der gesellschaftliche Wohlstand nur bei einer konstanten Bevölkerungsgröße erhalten werden könne, dass Masseneinwanderung Einwanderung von qualifizierten Erwerbsfähigen bedeute oder dass

die Bevölkerungsgröße als solche irgendwie ein „Zweck an sich“ sei. All dies wird in der Studie selbst allerdings nicht diskutiert. Stattdessen wird das Bild einer Bedrohung sozialstaatlicher Errungenschaften durch den Bevölkerungsrückgang und die Überalterung der Gesellschaften jener Industrieländer gezeichnet, die nur mittels Masseneinwanderung abgewendet werden könne. In der Sprache der Studie „ist eine Erhöhung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mittels Zuwanderung aus dem Ausland [...] *die einzige Option*, durch die sich eine Schwächung des potenziellen Unterstützungsverhältnisses abfangen ließe“,⁴¹ wolle man das Pensionsalter auf dem heutigen Stand halten. Ansonsten bleibe nur, das Rentenalter auf 75 Jahre heraufzusetzen. Nimmt man die Resultate der Studie ernst, so hieße das, dass Masseneinwanderung „alternativlos“ wäre, wenn wir nicht bis 75 arbeiten wollen.

Masseneinwanderung in dem von der UNO-Studie nahegelegten Umfang bedeutete mit dem tiefgreifenden Umbau der Bevölkerungsstruktur in kurzer Zeit de facto eine grundlegende Multikulturalisierung der deutschen Gesellschaft. Diese Tatsache wird von der UNO-Studie nur ganz allgemein angedeutet, indem festgestellt wird, dass internationale Massenmigration als Teil des Globalisierungsprozesses auch den „kulturellen Charakter“ der Zielländer wie der Herkunftsländer „beeinflussen“ werde. Und mit wenig Scheu wird auch gleich notiert, welcher Art diese Änderungen sein könnten: Die internationale Migration könne nämlich „soziale Spannungen“ hervorrufen.⁴² Offenkundig hält die UNO-Studie diesen Preis für angemessen, was den Schluss nahelegt, dass die eigentliche Agenda der Studie im Vortreiben der Multikulturalisierung und damit die Zerstörung der Nationalkulturen der thematisierten Industrieländer besteht.

Zum Beispiel die EU

Anfang Oktober 2015 fand in Brüssel ein von der EU-Kommission ausgerichtetes Kolloquium (Annual Colloquium on Fundamental Rights) statt. Die Tagung war dem antisemitischen und antimuslimischen Hass („hatred“) in der EU gewidmet. Der Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar Frans Timmermans nutzte diesen Anlass, um in der Eröffnungsrede seine politische Agenda zum Thema „Diversity“ (Verschiedenartigkeit, Vielfalt, Multikulturalität) zu proklamieren. Wegen ihrer charakteristischen manipulativen und hohlen Rhetorik sei aus dieser Rede ein Abschnitt zitiert. Timmermans führte aus:

„Vielfalt wird nunmehr in einigen Teilen Europas als Bedrohung angesehen. Vielfalt geht mit Herausforderungen einher. Aber Vielfalt ist das Schicksal der Menschheit. Noch nicht einmal an den entlegensten Orten dieses Planeten wird es eine Nation geben, die in Zukunft keine Vielfalt erleben wird. Darauf steuert die Menschheit zu. Und diejenigen Politiker, die ihren Wählern eine Gesellschaft verkaufen wollen, die ausschließlich aus Menschen einer einzigen Kultur besteht, versuchen eine Zukunft auszumalen, die auf einer Vergangenheit beruht, die es nie gegeben hat. Deshalb wird es diese Zukunft niemals geben. Wie alle anderen Teile der Welt wird Europa vielfältig sein. Die einzige Frage, die sich stellt, ist: Wie gehen wir mit dieser Vielfalt um? Und meine Antwort darauf lautet: Indem wir festlegen, dass unsere Werte bestimmen, wie wir mit der Vielfalt umgehen, und indem wir unsere Werte nicht dadurch preisgeben, dass wir die Vielfalt ablehnen. Letzteres wird uns als Gesellschaft zu Fall bringen. Ich glaube in der Tat, dass Europa nicht das

Europa bleiben wird, das wir aufgebaut haben, wenn wir das nicht gut hinbekommen. Europa wird [in diesem Fall] nicht länger ein Ort des Friedens und der Freiheit bleiben“.⁴³

Der EU-Politiker postuliert hier auf der Grundlage offenkundiger Falschbehauptungen,⁴⁴ dass (das demnach zu wenig vielfältige) Europa die Wahl habe zwischen der ohnehin unvermeidlichen „Vielfalt“ einerseits oder Unfrieden und Unfreiheit andererseits. Damit wird zugleich die Botschaft transportiert, dass diejenigen, die die Masseneinwanderung nicht akzeptieren, den gesellschaftlichen Frieden in Frage stellen. Charakteristisch ist auch Timmermans Rede von „unseren Werten“, die eine Bewältigung der multikulturellen Herausforderungen schon ermöglichen würden, wenn man nur an ihnen festhalte. Augenfalligerweise spricht er hier nicht vom Recht, weder vom Recht, an das sich die Migranten halten müssen noch gar vom politischen Selbstbestimmungsrecht der europäischen Nationen. Gerade letzteres möchte Timmermans zugunsten der EU unterminieren. Ein Ergebnispapier der Tagung macht deutlicher,⁴⁵ um welche Werte es dann vor allem geht, nämlich um „Toleranz“ und „Respekt“. Diese Werte erhalten bei Multikulturalisten wie Timmermans allerdings eine spezifische Lesart. Demnach werden Toleranz und Respekt von der eingesessenen Bevölkerung gegenüber den Immigranten, deren Ansprüchen und kulturellen Eigenarten verlangt, während Forderungen gegenüber den Immigranten selbst, etwa dass diese sich anzupassen haben, als Diskriminierung, Intoleranz, Rassismus und dergleichen diffamiert werden. So wird die Forderung nach Toleranz und Respekt zum Instrument der erzwungenen Preisgabe des Eigenen, das sich nämlich an das Fremde anpassen soll.⁴⁶ Auf diese Weise wird de facto beispielsweise die

Islamisierung der europäischen Gesellschaften, etwa in Gestalt der Ausbreitung des islamischen Scharia-Rechts und dergleichen, legitimiert und befördert.

Es wäre übrigens eine Fehleinschätzung, wollte man in Veranstaltungen wie der hier thematisierten Tagung lediglich politisch belanglose Diskussionen sehen. Tatsächlich dienen solche von der EU-Kommission und anderen EU-Institutionen durchgeführten Veranstaltungen nicht zuletzt der Selbstlegitimation der EU-Bürokratie, die sich in ihren konkreten Maßnahmen auf die Ergebnisse solcher „Expertenrunden“ beruft. So kann es nicht wundern, dass der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ganz im Sinne der Diversitätsideologie fordert: „Europa hat einen offensichtlichen Bedarf an der Migration in den kommenden Jahrzehnten. Daher müssen wir jenen, die kommen wollen und kommen können, legale Wege nach Europa ermöglichen“.⁴⁷



Zum Beispiel die CDU und Angela Merkel

Besonders interessant ist die Stellung, die die CDU mit Angela Merkel an der Spitze gegenüber einer Identitätspolitik und der Verteidigung der deutschen Leitkultur einnimmt. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass einerseits der Verteidigung und Wahrung von Identität und Leitkultur rhetorisch das Wort geredet wird, die Handlungen und politischen Entscheidungen der Rhetorik andererseits diametral entgegenstehen, was man nicht anders als eine Politik der Heuchelei bezeichnen kann – mit den entsprechenden Auswirkungen.

Kurz nach ihrem Amtsantritt als Bundeskanzlerin schrieb Angela Merkel in einem Beitrag über Leitkultur und Identität:

„Als Allererstes führt kein Weg daran vorbei, den Sprachkenntnissen wieder einen viel höheren Stellenwert beizumessen. Über die herausragende Bedeutung der gemeinsamen Sprache für jede Art von gesellschaftlichem Zusammenhalt haben wir inzwischen Einigkeit erzielt“.⁴⁸

Mit Blick auf die Durchsetzung von Deutsch als Verkehrssprache namentlich an deutschen Schulen ergänzte sie:

„Wir brauchen eine neue Ernsthaftigkeit, die auch bereit ist, die notwendigen praktischen Konsequenzen zu ziehen, wenn es mühsam oder sogar unangenehm wird“. Weiter hieß es in dem Text: „Die gemeinsame Sprache ist eine notwendige, aber nicht die alleinige Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Verständigung ersetzt nicht deren Inhalte“. Bezüglich jener Inhalte wird Merkel durchaus konkret am Beispiel der sogenannten Ehrenmorde an jungen Frauen: „Das Spezifische an ihnen ist, dass die dahinter stehenden Vorstellungen über Ehre, Familie und Rolle der Frauen solche Taten für den Täter rechtfertigbar, ja geboten erscheinen lassen“.⁴⁹

Über die „Verfassungswerte“ schreibt Merkel 2005, dass sich diese nicht nur in der Verfassungspraxis bewährt hätten, sondern sie verweist auch darauf, dass sich diese Werte „aus ganz bestimmten, nicht auswechselbaren historischen und kulturellen Wurzeln [speisen]“. Jene Werte müssten nicht nur gegenüber „Neuankömmlingen“ geltend gemacht werden, sondern auch „wir selber“ dürften „nicht gleichgültig und unwissend“ werden.⁵⁰ Ausdrücklich verweist Merkel darauf, dass

die Staatsverfassung allein und ein entsprechender Verfassungspatriotismus nicht hinreichen, um den Zusammenhalt der Gemeinschaft gerade auch angesichts gesellschaftlicher Belastungen und Schwierigkeiten zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang schreibt sie über die Antriebskräfte einer lebendigen Bürgergesellschaft und die Bereitschaft zum bürgerlichen Engagement: „Diese Bereitschaft kann nur mit Hilfe des Bewusstseins entstehen, als Nation aufeinander angewiesen zu sein. [...] Es lässt uns erkennen, dass wir auch in Zukunft aufeinander angewiesen sein werden, weil wir Identität, Herkunft und Heimat nicht einfach ablegen können wie einen gebrauchten Mantel“. Ein entsprechendes nationales Bewusstsein bedeute nicht gesellschaftliche Abschottung. Eine solche habe „noch nie eine Gemeinschaft lebendig und erneuerungsfähig erhalten“. Könne es also einerseits nicht um Abschottung gehen, so auch andererseits nicht um deren Gegenteil: „Die falsche Alternative zur abgeschotteten Gesellschaft wäre [...] die multikulturelle Gesellschaft. Sie ist eine Utopie, eine gescheiterte zudem. In der Vorstellung vereint sie Vielfalt mit [...] Harmonie, in der Wirklichkeit endet sie in Parallelgesellschaften und gegenseitigem Misstrauen“.⁵¹

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen konstatiert Merkel zur Frage der Integration von Ausländern: „Ein gemeinsames Verantwortungsgefühl für dieses Land braucht es durchaus, ein Loyalitätsempfinden, ein klares Bekenntnis, Bürger dieser Nation sein zu wollen“.⁵² Mit anderen Worten fordert Merkel in diesem Text aus dem Jahre 2005 von Ausländern, die in Deutschland leben wollen, eine Assimilation an die deutsche Leitkultur und die Identifizierung mit der deutschen Nation.



Entlarvende Szene: Bei der CDU-Wahlparty 2013 war der Bundeskanzlerin die Deutschlandfahne peinlich. Angewidert wirft sie unser Nationalsymbol weg.

Was Merkel hier schrieb, stand im Einklang mit programmatischen Verlautbarungen der CDU in jenen Jahren. So hatte es im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU/CSU zur Bundestagswahl 2002 mit Blick auf die Zuwanderungs- und Integrationsproblematik geheißen: „Deutschland muss Zuwanderung stärker steuern und begrenzen als bisher. Zuwanderung kann kein Ausweg aus den demografischen Veränderungen in Deutschland sein. Wir erteilen einer Ausweitung der Zuwanderung aus Drittstaaten eine klare Absage, denn sie würde die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern. Verstärkte Zuwanderung würde den inneren Frieden gefährden und radikalen Kräften Vorschub leisten“.⁵³ In der Programmatik der CDU findet sich – wenngleich nur beiläufig – auch das Bekenntnis zur Identität und zur Leitkultur.⁵⁴

Ganz im Sinne der zitierten Ausführungen Merkels beschloss der 22. CDU-Bundesparteitag von 2008 auch die Forderung, die deutsche Sprache als Landessprache im Grundgesetz zu verankern; ein Beschluss, der 2016 bestätigt wurde. Die Tatsache, dass sich Angela Merkel und die CDU-Führung allerdings gegen jenen Beschluss wandten, zeigt bereits, dass sich zwischen den Worten und den Taten der CDU und ihrer Führungsspitze sowie der CDU-geführten Bundesregierung eine riesige Kluft auftut, welche jene Worte als heuchlerische Phrasen erweist.

Denn zahlreiche Entscheidungen von Angela Merkel und der CDU in Bund und Ländern sind Entscheidungen, die sich de facto gegen unsere Identität und Leitkultur richten. Das gilt zuvörderst für Merkels Öffnung der deutschen Grenze für Hunderttausende Migranten im Herbst 2015 sowie für den politischen Umgang mit der aus dieser Grenzöffnung resultierenden Masseneinwanderung von Personen aus einer völlig anderen Kultur und für die entsprechenden gesellschaftlichen Folgen.

Wie verhält es sich damit?

Beginnt man beim Rechtsstaat, der vom Grundgesetz konstituiert wird, so zeigt die wesentlich von Angela Merkel zu verantwortende Migrationskrise, dass Merkel selbst den von ihr beschworenen Verfassungswerten gegenüber eher gleichgültig ist. Die Öffnung der deutschen Grenze im Jahr 2015 war nämlich auch nach Ansicht namhafter Verfassungsrechtler mit dem deutschen Grundgesetz nicht vereinbar⁵⁵ – und verstieß im Übrigen auch gegen EU-Recht, indem die sog. Dublin-Regeln de facto außer Kraft gesetzt wurden.⁵⁶ Der Rechtsstaat wird bis heute geringgeachtet, indem Bund und Länder weit-

gehend darauf verzichten, die Abertausende von Ausländern, die sich illegal in Deutschland aufhalten, den Forderungen des Rechts folgend abzuschieben.

Mit der Migrationswelle der vergangenen Jahre wurden so- dann Phänomene verstärkt und ausgeweitet bzw. kamen neu in unser Land, die zuvor der deutschen Kultur nicht nur fremd waren, sondern die in einem klaren Gegensatz zu ihr stehen. So breiten sich die 2005 von Merkel noch beklagten Parallel- gesellschaften aus, Enklavenkulturen, in denen nicht Deutsch gesprochen wird und das deutsche Recht nur eingeschränkt Geltung hat.⁵⁷ Ein exemplarisches Symptom hierfür sind etwa die enorme Zunahme nicht zuletzt sexueller Gewalt durch Aus- länder (z.B. Silvester 2015/2016 in Köln) oder auch der soge- nannten Ehrenmorde, die Merkel 2005 noch als Ausdruck einer Kultur galten, welche gerade nicht unsere deutsche Kultur ist.⁵⁸

All diese Entwicklungen vollziehen sich in verstärktem Maße in der Amtszeit der CDU-geführten Bundesregierungen unter An- gela Merkel. Schleichend ebenso wie offen findet namentlich eine Islamisierung Deutschlands statt, der die Regierungspoliti- ken in Bund und Ländern nicht nur nicht entgegenwirken, son- dern die diese vielmehr billigen und aktiv vorantreiben, etwa durch die Förderung von Moscheebauten. Davon, dass bei- spielsweise das Sprechen der deutschen Sprache eingefordert wird, kann keine Rede sein. Tatsächlich bleibt die Forderung, Deutsch als Landessprache mit Verfassungsrang zu versehen, bei der CDU eine bloße Phrase. Das wird auch an dem Um- stand offenkundig, dass ein AfD-Gesetzentwurf, der Entspre- chendes für die Thüringer Verfassung vorsah, von der Thüringer CDU-Fraktion mit markigen Worten abgelehnt wurde.⁵⁹

Noch nie war der Anteil von Schülern ohne angemessene Deutschkenntnisse an deutschen Schulen so hoch wie heute. Da auch infolgedessen die Vermittlung von Bildungsgehalten und die damit einhergehende Tradierung der deutschen Kultur immer weniger gelingt, wird dieser Kultur die Zukunftsfähigkeit genommen.

Angela Merkel und die CDU begleiten diese Prozesse inzwischen mit der Rhetorik des Multikulturalismus und der sogenannten Weltoffenheit, allen anderslautenden Bekenntnissen zum Trotz. Tatsächlich werden die Deutschen – von Merkel jetzt zynisch als diejenigen, die schon länger hier leben, bezeichnet – nunmehr angehalten, sich an die Sitten, Gewohnheiten und kulturellen Selbstverständnisse von zumal muslimischen Ausländern anzupassen. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die oft besprochene „Integrationspolitik“ bisher in weiten Bereichen keine Wirkung entfaltet, da sie gar nicht mit Ernsthaftigkeit verfolgt wird. Das gilt auch für Angela Merkels Ankündigung, es gelte gegenüber Gewalt „null Toleranz“ zu zeigen: Diese Aussage in einem Video-Podcast der Bundeskanzlerin vom 18. Juni 2011 erweist sich als Hohn, blickt man etwa auf die Silvesternacht 2015/2016 in Köln, auf die islamistischen Terrorattentate auch in Deutschland oder auf die sich häufenden Mordtaten ausländischer Männer an jungen deutschen Frauen – alles übrigens Taten, die oft auf das Konto von „Flüchtlings“ gehen. In jener Video-Botschaft hatte Merkel auch festgehalten, „wir“ müssten „akzeptieren, dass die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Migranten besonders hoch ist“.⁶⁰ Indes bleibt festzuhalten, dass dies gerade nicht zu akzeptieren und auch nicht zu tolerieren ist: Wir wollen uns keineswegs daran gewöhnen, dass sich unsere Kultur in eine archaische Gewaltkultur verwandelt.

Zum Beispiel die Bundesregierung

Während die CDU vor wenigen Jahren (und vor dem politisch gewollten Massenansturm von Migranten insbesondere in den Jahren 2015/2016) ausdrücklich einer Begrenzung der Zuwanderung das Wort redete und auch heute gerne wieder die Rhetorik von „Obergrenzen“ und dergleichen bedient, hat die CDU-geführte Bundesregierung längst andere Perspektiven entwickelt und unternimmt es, die Deutschen darauf einzustimmen, dass nur mit einer weiteren Massenzuwanderung aus dem nicht-europäischen Ausland die Zukunft zu gewinnen sei. Ausdruck dieser Regierungspolitik ist etwa die „Demografiestrategie der Bundesregierung“. Die Richtung, in die diese „Strategie“ weist, wurde unter anderem in einer im Februar 2017 veröffentlichten Broschüre zur demografiepolitischen „Bilanz“ der Regierung Merkel zum Ende der 18. Legislaturperiode skizziert.⁶¹

Die dort dargelegten demografiepolitischen Ziele haben vor allem einen ökonomischen Fokus und konzentrieren sich dabei nicht zuletzt auf die Frage des Potentials erwerbsfähiger Menschen angesichts eines zu erwartenden Bevölkerungsrückganges in Deutschland. Künftiger Wohlstand wird vor allem als von dieser Frage abhängig betrachtet. Aus einer solchen Perspektive stellt die Bundesregierung die Masseneinwanderung insbesondere aus nicht-europäischen Ländern als wünschenswerte Möglichkeit dar, den Bevölkerungsanteil von Personen im erwerbsfähigen Alter zu steigern. Dabei wird die Frage der tatsächlichen Erwerbsfähigkeit mit Blick auf Sprachkenntnisse, Lernbereitschaft, Ausbildungsfähigkeit und Arbeitswillen mit verharmlosenden Worten sowie abstrakten und wolkigen Formulierungen umgangen (z.B.: „Mit Vielfalt sind Chancen ver-

bunden, zum Beispiel für die Innovationsfähigkeit und den Erwerb von Kompetenzen, die den Erfolg unserer Wirtschaft auf ausländischen Märkten bestimmen⁶²). Zwar wird keineswegs verheimlicht, dass eine Integration von Ausländern („Schutzsuchenden“) „mit Bleibeperspektive“ in den Arbeitsmarkt viel länger dauern wird, als man zunächst annehmen wollte (so sie überhaupt gelingt), klar ist für die Bundesregierung indes, dass künftig eine „größere Vielfalt“ in der deutschen Bevölkerung herrschen wird, womit die Multikulturalisierung Deutschlands gemeint ist. Mit Blick auf entsprechende Modellrechnungen für die künftige Bevölkerungsentwicklung heißt es etwa zusammenfassend:

„[...] 2. Eine weiterhin hohe Nettozuwanderung würde zu einer Stabilisierung der Bevölkerungszahl auf etwa dem heutigen Niveau und einem deutlich verminderten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter führen. Vergleichbares gilt langfristig bis zum Jahre 2060, wenn die jährliche Zuwanderung auf dem jahresdurchschnittlichen Niveau seit der deutschen Wiedervereinigung liegen und der aktuell zu beobachtende moderate Anstieg der Geburtenrate sich als dauerhaft erweisen würde. 3. Wie sich die durch überwiegend junge Zuwanderer steigende Bevölkerungszahl auf die Erwerbstätigkeit auswirkt, hängt von ihrer Integration in den Arbeitsmarkt ab. 4. Die Heterogenität, insbesondere die vielseitige Herkunft der in Deutschland lebenden Menschen, wird mittel- wie langfristig weiter zunehmen [...]“⁶³

In diesen Punkten liegt die Demografiestrategie der Bundesregierung durchaus auf der Linie der bevölkerungspolitischen

Visionen der UNO. Sie behandelt Deutschland prinzipiell als durch Migration „aufzufüllende“ und damit multikulturell zu transformierende Einwanderungsgesellschaft. Ob die Deutschen eine solche Einwanderungsgesellschaft haben wollen, wird dabei allerdings nicht gefragt.

Zum Beispiel die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen

Mit besonderer Radikalität und Entschiedenheit betreibt die rot-rot-grüne Landesregierung Thüringens den Angriff auf Leitkultur und Identität unserer Heimat zugunsten einer multikulturellen Gesellschaft. Ein Zeugnis dieses multikulturalistischen Umgestaltungswillens ist das im November 2017 veröffentlichte „Thüringer Integrationskonzept“. Das umfangreiche Papier präsentiert die einschlägige multikulturelle Rhetorik, wonach beispielsweise jegliche Zuwanderung undifferenziert als „Bereicherung“ dargestellt oder darauf verwiesen wird, dass durch Zuwanderung die demografischen Probleme Thüringens verringert und der Fachkräftemangel behoben werden könnten. Thüringen wird in dem Papier als „Zuwanderungsland“ präsentiert, wobei die heutige Situation der Massenzuwanderung in historisch fragwürdiger Weise (aber allen Ernstes) mit der Zuwanderung Elisabeths von Thüringen, Goethes oder Schillers verglichen wird (die keine gebürtigen Thüringer waren).

Eine Kernbotschaft des „Thüringer Integrationskonzeptes“ besteht darin, Integration als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“⁶⁴ und als wechselseitigen Prozess zu definieren. Es heißt dazu: „Dieser Prozess betrifft alle Menschen in unserem Land, nicht nur die Menschen, die zu uns gekommen sind, sondern auch die einheimischen Menschen“.⁶⁵ Demnach wird Integra-



„Inschallah!": So begrüßt Bodo Ramelow am 5. September 2015 die Ankunft des ersten Migranten-Sonderzugs in Saalfeld. „Das ist der schönste Tag meines Lebens", betonte er.

tion gerade auch von den Einheimischen verlangt, damit sie auf die „Menschen mit Migrationshintergrund“ zugehen und mit diesen vorangehen können.⁶⁶ Mit anderen Worten: Die einheimischen Thüringer sollen sich in ihrem Land integrieren. Die im „Integrationskonzept“ zugleich präsentierte Behauptung, dass „niemand [...] seine Identität, Kultur oder Religion aufgeben“ müsse, „weil Integration keine einseitige Anpassung bzw. Assimilation, gleich in welche Richtung“ sei, steht dazu in klarem Widerspruch und ist eine Irreführung der Leser. „Keine einseitige Anpassung“ ist hier vor allem eine Botschaft an Migranten.⁶⁷ Denn während diese ausdrücklich ihre Kultur sollen behalten können, sollen nach dem Willen der Thüringer Landesregierung und im Widerspruch zur zitierten Aussage die deutsche Kultur und Identität multikulturell transformiert wer-

den, und zwar auf dem Weg der Anpassung an fremde Kulturen und Gewohnheiten. Diese Anpassung will die Thüringer Landesregierung forcieren, beispielsweise dadurch, dass staatliche Einrichtungen, Stellen und Behörden Thüringens einer „interkulturellen Öffnung“ unterworfen werden sollen⁶⁸ oder dass man in öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen (z.B. Arbeitsstätten) vermehrt „Räumlichkeiten für die Verrichtung religiöser Rituale“⁶⁹ bereitstellt, womit de facto primär Gebetsräume für Muslime gemeint sind. Das kann aber nur bedeuten, dass es nicht erwünscht ist, bei der angestammten Identität und Kultur zu bleiben. Zu diesem Zwecke auch soll eine eigene Kultur überhaupt erst geschaffen werden, nämlich eine sog. „Willkommens- und Anerkennungskultur“.⁷⁰



Die Linke auf der G20-Demonstration, die in Gewaltexzessen mündete. Mit Inbrunst ist auch hier das Bekenntnis wichtig: „Refugees welcome!“.

Dass das entsprechende Umerziehungsprogramm nach dem Willen der rot-rot-grünen Thüringer Landesregierung von einem breiten Heer steuerfinanzierter Akteure ins Werk gesetzt werden soll, versteht sich aus rot-rot-grüner Perspektive ebenso von selbst wie die wiederholte Betonung der Auffassung, dass auch Ausländer, die kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, in den „Integrationsprozess“ einbezogen werden sollen, dass also Rechtsmissbrauch und Rechtsbruch ausdrücklich gebilligt und unterstützt werden.

Gegenüber all solchen Plänen eines Umbaus der deutschen Gesellschaft bleibt nicht nur daran zu erinnern, dass Integration eine Bringschuld von Einwanderern ist, sondern dass Integration nur Assimilation bedeuten kann, Anpassung an die Lebensweise des Gastlandes. Einwanderung ohne Assimilation nämlich „ist Kolonialisierung“, wie namhafte europäische Philosophen im Herbst 2017 in der „Pariser Erklärung: Ein Europa wo(ran) wir glauben können“⁴⁷¹ festhielten.



7. Zur Verteidigung unserer Identität

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag sieht unsere deutsche Kultur und die Grundlagen unseres Zusammenlebens in Freiheit bedroht. Vor allem der Multikulturalismus in Theorie und Praxis markiert diese Bedrohung. Es ist indes nicht von der Hand zu weisen, dass multikulturelle Gesellschaften fragmentierte und konfliktreiche Gesellschaften sind, Gesellschaften, in denen das Recht zur Disposition gestellt wird und Gewalt den öffentlichen Raum durchwirkt. Symptome eines entsprechenden

Erosionsprozesses sehen wir seit Jahren in Europa, besonders auch in Deutschland, wo er infolge der Masseneinwanderung aus nicht-europäischen Ländern in den Jahren 2015/2016 massiv verstärkt wurde.

Der Multikulturalismus wird flankiert von den Sprachdiktaten der politischen Korrektheit, die die veröffentlichte Meinung in Medien und Politik prägen. Politische Korrektheit unterbindet eine kritische öffentliche Diskussion und diffamiert skeptische und nonkonforme Positionen, die mittels Anpassungsdruck mundtot gemacht werden. Solche Meinungssteuerung mag autokratischen Regimes entsprechen, für eine rechtsstaatlich geordnete Gesellschaft freier Menschen ist sie eine tödliche Bedrohung.

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag steht für eine Alternative zu dem Angriff auf unsere Identität, unsere Kultur und unsere freiheitliche Lebensform. Wir stellen uns der Auflösung der Nation in eine multikulturelle Gesellschaft ebenso wie in einen bindungslosen „Interaktions- und Kommunikationszusammenhang“ von Individuen entgegen. Daher stehen wir für ein multinationales und gegen ein multikulturelles Europa und gegen ein multikulturelles Deutschland. Eine immer weiter sich ausbreitende supranationale Herrschaft der EU-Bürokratie, die an der Auflösung der europäischen Nationen arbeitet und ein gesichtsloses Europa der „Diversität“ anstrebt, lehnen wir ab.

Den Prozessen, die auf die Zerstörung unserer Identität abzielen, ist entgegenzutreten.

Wir fordern

- die Aufnahme von Deutsch als Landessprache in die Thüringer Verfassung und ins Grundgesetz;
- den Schutz und die Förderung der deutschen Leitkultur als Staatsziel in die Thüringer Verfassung und das Grundgesetz aufzunehmen;
- eine Kultur- und Bildungspolitik, die die üblich gewordene relativistische Gesichts- und Geschichtslosigkeit und die ideologischen Indoktrinationen (etwa vermittelt des Thüringer „Bildungsplanes bis 18“) überwindet, Bildung als sachliche und ideologiefreie Vermittlung der deutschen und europäischen Kultur begreift und die jene Tugenden pflegt, auf deren Fundament nicht zuletzt die hohe Qualität der deutschen Wirtschaftsleistung beruht;
- die Besinnung darauf, dass die deutsche Geschichte weit- aus mehr ist als die Geschichte der Jahre zwischen 1933 und 1945;
- die Überwindung des Missbrauchs von Werten als ideologi- sche Kampfformeln;
- die Stärkung des Rechtsstaats, auch indem das Auspielen von Werten gegen die Thüringer Verfassung und das Grund- gesetz durch Politik und Rechtsprechung beendet wird;
- das Ende einer immer weiter voranschreitenden Einschrän- kung der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit;



- dass der politisch geduldete Missbrauch des Asyl- und Aufenthaltsrechts beendet und Einwanderung unter Gesichtspunkten der Qualität und der kulturellen Nähe politisch gesteuert wird;
- dass der Staat Parallelgesellschaften und insbesondere Räume nicht duldet, in denen deutsches Recht de facto keine Geltung mehr hat;
- dass Integration als Erlernen der deutschen Sprache, als Anpassung an Recht und Gesetz und an die deutsche Lebensweise eine Bringschuld von Einwanderern bleibt;



- das Ende der wahllosen Masseneinwanderung aus nicht-europäischen Ländern, eine Einwanderung, die unter dem falschen Etikett des Asylrechts in der Hauptsache eine Migration in das deutsche Sozialsystem auf Kosten der Beitrags- und Steuerzahler darstellt.

Leitend bleibt uns das Bekenntnis zu Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.

Anmerkungen:

- 1 Milan Kundera, *Le Monde*, 19.01.1979, S. 16, siehe http://www.lemonde.fr/le-monde-2/article_interactif/2009/08/28/milan-kundera-garden-des-lettres-tcheques_1232677_1004868_1.html [30.04.2018].
- 2 Aydan Özgüç, Leitkultur verkommt zum Klischee des Deutschen, in: *Tagesspiegel* vom 14.05.2017, <https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/wie-nuetzlich-ist-eine-leitkultur-debatte/leitkultur-verkommt-zum-klischee-des-deutscheins.html> [30.04.2018].
- 3 Siehe dazu Reinhard Meier-Walser, Die Diskussion um eine Leitkultur. Hintergrund, Positionen und aktueller Stand [Aktuelle Analysen der Hans-Seidel-Stiftung, Nr. 66], München 2017. Online verfügbar unter https://www.hss.de/download/publications/AA_66_Leitkultur.pdf [30.04.2018].
- 4 Siehe Bassam Tibi, Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust. Demokratie zwischen Werte-Beliebigkeit und pluralistischem Werte-Konsens, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ), B 52-53 1996, S. 27-36. „Ohne einen solchen Werte-Konsens sollte man sich in Europa auf ethnische Konflikte zwischen dem Werte-Neoabsolutismus der Zuwanderer aus vormodernen Kulturen und dem Werte-Relativismus der Aufnahmeländer einstellen“ (ebd., S. 47 [Abstract zum Artikel]).
- 6 Bassam Tibi, Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft, erweiterte Ausgabe, München 2000, S. 56.
- 7 Friedrich Merz, Einwanderung und Identität, <https://www.welt.de/print-welt/article540438/Einwanderung-und-Identitaet.html> vom 25.10.2000 [30.04.2018].
- 8 Zur Auseinandersetzung mit der Merzchen Position siehe den Beitrag Merz geht in die Offensive, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/leitkultur-merz-geht-in-die-offensive-a-99435.html> vom 22.10.2000 [30.04.2018] sowie Meier-Walser, Die Diskussion um eine Leitkultur, S. 7.
- 9 Siehe Norbert Lammert (Hrsg.), *Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält*, Hamburg 2006.
- 10 Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel verfasste einen Beitrag für den Sammelband. Die unter ihrer Kanzlerschaft betriebene Politik der bedingungslosen Grenzöffnung und des Multikulturalismus steht indes in einem diametralen Gegensatz zu den Positionen, die Merkel in ihrem Text vertritt. Davon ist später noch zu reden, siehe unten Kap. 6.
- 11 Norbert Lammert, Gewissheiten und Zweifel. Zur deutschen Debatte über einen umstrittenen Begriff und einen wachsenden Konsens, in: Lammert (Hrsg.), *Verfassung, Patriotismus, Leitkultur*, S. 135-145, hier: S. 143.
- 12 Ebd., S. 144.
- 13 Lale Akgün, Ein Leitbild für die postmoderne Gesellschaft, in: ebd., S. 19-23, hier: S. 22.
- 14 Siehe „Wir sind nicht Burka“: Innenminister will deutsche Leitkultur, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/thomas-de-maiziere-innenminister-leitkultur/komplettansicht> vom 30.04.2017 [30.04.2018]. De Maizieres Beitrag war ursprünglich einen Tag zuvor in der „BamS“ veröffentlicht worden.
- 15 Siehe zur Debatte Philipp Wittrick, *De Maizieres Leitkultur-Thesen. Die Kirche soll im Dorf bleiben*, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/leitkultur-thomas-de-maiziere-und-seine-thesen-sorgen-fuer-aufregung-a-1145587.html> vom 01.05.2017 [30.04.2018].
- 16 <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/fdp-chef-lindner-gegen-leitkulturdebatte-die-leitkultur-sollte-das-grundgesetz-sein-das-langt-a2107804.html> vom 30.04.2017 [30.04.2018].
- 17 Es ist der Geist der Rechtsgesetze, der deren lebendige Verwirklichung ermöglicht. Ohne diesen Geist, also die Kultur (als die „Umwelt“ des Rechts), bleiben die Normen des Rechts, bleibt namentlich die Verfassung, toter Buchstabe auf bedrucktem Papier. Dies wurde prominent von liberalen Denkern wie Charles de Montesquieu (1689-1755), Edmund Burke (1729-1797) oder Dietrich Schindler sen. (1890-1948) herausgearbeitet. Burke schrieb 1796 im *First Letter on a Regicide Peace*: „Menschen werden nicht durch Papier und Siegel einander verbunden. Sie verbinden sich vermittels Ähnlichkeit, Übereinstimmung und Sympathie. Das ist bei Nationen [untereinander] genauso wie bei Individuen. Keine Freundschaftsbände sind zwischen Nationen stärker als Entsprechungen im Recht, in Bräuchen, Gewohnheiten und Verhaltensweisen. Diese haben mehr Bindekraft in sich als Verträge. Es sind in das Herz geschriebene Verpflichtungen“ (übersetzt aus R. B. McDowell/William Todd (Hrsg.), *The Writings and Speeches of Edmund Burke*, Bd. IX, Oxford 1991, S. 274: „Men are not tied to one another by papers and seals. They are led to associate by resemblances, by conformities, by sympathies. It is with nations as with individuals. Nothing is so strong a tie of amity between nation and nation as correspondence in laws, customs, manners, and habits of life. They have more than the force of treaties in themselves. They are obligations written in the heart“). Siehe auch das zu Anmerkung 11 gehörige Zitat.
- 18 Im Übrigen enthalten moderne Verfassungen Regelungen zu den Modalitäten ihrer Veränderung (verfassungsändernde Gesetzgebung).
- 19 Sternbergers Beiträge zum Verfassungspatriotismus finden sich in *Dolf Sternberger, Verfassungspatriotismus* (Schriften, Band X), Frankfurt am Main 1990. Aus der Literatur dazu Peter Molt, *Dolf Sternbergers Verfassungspatri-*

- olismus, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol) 16 (2006), S. 873-900 und Jürgen Gebhardt, Verfassungspatriotismus als Identitätskonzept der Nation, in: APuZ 14/1993, S. 29-37.
- 20 Siehe besonders deutlich Jürgen Habermas, Geschichtsbe-
wußtsein und posttraditionale
Identität. Die Westorientierung
der Bundesrepublik, in: ders., Eine
Art Schadensabwicklung (Kleine
politische Schriften VI), Frankfurt
am Main 1987, S. 161-179. hier: S.
173.
- 21 Bernhard Schlink, Alltagskultur als
Leitkultur, in: FAZ vom 28.09.2017,
S. 6.
- 22 Im Anschluss an Überlegungen
des Staatsrechtslehrers Rudolf
Smend (1882-1975) und einige
Entscheidungen des Bundes-
verfassungsgerichts, die unter
dem Eindruck von Smends Lehre
standen, ist gelegentlich von
einer „objektiven Wertordnung“
die Rede, die vom Grundge-
setz aufgerichtet worden sei.
Hierin muss man eine fragwürdige
metaphysische Überhöhung der
Verfassung sehen. Das Grundge-
setz ist wie jede Verfassung ein
aus Rechtsprinzipien und Rechts-
normen bestehendes Regelwerk,
das keiner solchen Überhöhung
bedarf. Die von ihm umfassten
Werte (wie z.B. die persönliche
Autonomie, die Menschenwürde,
die hergebrachten Grundsätze
des Berufsbeamtentums, das
Privateigentum) sind nur in ihrer
im Grundgesetz selbst geregelten
rechtlichen Gestalt verbindlich.
- 23 Nicolai Hartmann, Ethik, 4. Auf-
lage, Berlin 1962, S. 576.
- 24 Zu den absurden Auswüchsen
der sprachdiktatorischen Politik
der „Political Correctness“ siehe
Thilo Sarrazin, Der neue Tugend-
terror. Über die Grenzen der
Meinungsfreiheit in Deutschland,
4. Auflage, München 2014.
- 25 Bassam Tibi, Leitkultur als Werte-
konsens. Bilanz einer missglückten
deutschen Debatte, in: APuZ,
Heft 1-2/2001, S. 23-26, hier: 24.
- 26 Siehe Bernhard Giesen/Robert
Seyfert, Kollektive Identität, in:
APuZ Heft 13-14/2013, S. 39-43,
hier: S. 41.
- 27 „Wir sind absolut sicher, dass wir
existieren, aber wir sind unfähig,
eine erschöpfende Beschreibung
unserer eigenen Identität als
Person oder etwa unserer
Identität als Nation, Familie oder
ethnischer Gruppe zu geben“
(ebd., S. 39).
- 28 Siehe Robert D. Putnam, Tuning
In, Tuning Out. The Strange Di-
sappearance of Social Capital in
America, in: Political Science and
Politics, XXVIII (1995), S. 664-683,
hier: 664 f. Der Begriff des sozialen
Kapitals wird auch etwa von dem
französischen Soziologen Pierre
Bourdieu verwendet.
- 29 Siehe Jörg Koch, Der 9. Novem-
ber in der deutschen Geschichte,
3. Auflage, Freiburg, Berlin, Wien
2009.
- 30 „Institutionen und Körperschaften
wie Nationen, Staaten, die Kirche
oder eine Firma ‚haben‘ kein
Gedächtnis, sie ‚machen‘ sich
eines und bedienen sich dafür
memorialer Zeichen und Symbo-
le, Texte, Bilder, Riten, Praktiken,
Orte und Monumente. Mit die-
sem Gedächtnis ‚machen‘ sich
Institutionen und Körperschaften
zugleich eine Identität. Dieses
Gedächtnis hat keine unwillkür-
lichen Momente mehr, weil es
intentional und symbolisch kon-
struiert ist. Es ist ein Gedächtnis
des Willens und der kalkulierten
Auswahl. In drei der genannten
Merkmale unterscheidet sich die
kulturelle Gedächtnis-Konstruktion
signifikant vom individuellen
Gedächtnis“ (Aleida Assmann,
Kollektives Gedächtnis, [http://
www.bpb.de/geschichte/zeit-
geschichte/geschichte-und-er-
innerung/39802/kollektives-ge-
daechtnis?p=all](http://www.bpb.de/geschichte/zeit-
geschichte/geschichte-und-er-
innerung/39802/kollektives-ge-
daechtnis?p=all) vom 26.08.2008
[20.10.2017]).
- 31 Der Verdacht äußert sich in der
Auffassung, dass die deutschen
Traditionen zum Nationalso-
zialismus führten und daher
abzulehnen seien. Wer aber an
deutsche Traditionen anknüpfe,
begünstige damit einen neuen
Nazismus bzw. Faschismus oder
sei schlichtweg ein „Nazi“.
- 32 Überhaupt sind es gerade die
großen historischen Brüche (na-
mentlich etwa die Reformation,
der Dreißigjährige Krieg, die
Napoleonischen Kriege, der Erste
und der Zweite Weltkrieg, die
deutsche Teilung), die seit lan-
- gem schon die Frage nach der
deutschen Identität aufwerfen.
Nach der eigenen Identität zu
fragen, gilt seinerseits als „typisch
deutsch“.
- 33 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der
Extreme. Weltgeschichte des 20.
Jahrhunderts, München, Wien
1995, S. 17.
- 34 Ernest Renan, Was ist eine
Nation? Vortrag in der Sorbonne
am 11. März 1882, in: Michael
Jeismann/Henning Ritter (Hrsg.),
Grenzfälle. Über neuen und alten
Nationalismus, Leipzig 1993, S.
290-311, hier: S. 308.
- 35 Günter Rohrmoser, Die Unver-
zichtbarkeit der Nation. Wider
die Geschichtsvergessenheit, 2.
Auflage, Bietigheim/Baden 1994,
S. 18. An der zitierten Stelle heißt
es weiter: „Wenn sich im innersten
Kern das Nationalabwusstsein aus
der erfahrenen, erlebten,
bewussten und geteilten gemein-
samen Geschichte speist, dann
ist die Nation nichts anderes als
eine Schicksalsgemeinschaft“.
- 36 Tatsächlich hat sich der Patrio-
tismus „in modernen Republiken
oft auch als Gegengewicht gegen
das Gefährdungspotential des
Nationalismus“ (Yves Bizeul, Nati-
onalismus, Patriotismus und Loyalität
zur offenen Republik, in: APuZ
1-2/2007 vom 2. Januar 2007, S.
30-38, hier: S. 33) erwiesen.
- 37 Obgleich man von kulturellen
Universalien sprechen kann,
existiert dennoch nicht die „eine
Weltkultur“, sondern nur eine
Vieltal von Kulturen. „Die Kultur
gibt es nicht, es gibt nur Kultu-
ren“, schreibt Richard Schröder,
Leitkultur?, in: Lammer (Hrsg.),
Verfassung, Patriotismus, Leitkultur,
S. 253-259, hier: S. 253.
- 38 „Das Neue trägt Etiketten wie
Buntheit und Vielfalt und ist
ausgestaffelt mit einem Anreiz-
und Einschüchterungssystem, das
auf das Denken und Verhalten
der Menschen abzielt. Es wird von
oben, den Vereinten Nationen
und der Europäischen Union,
dekretiert und sichert von dort
in die Mitgliedstaaten und
schließlich bis in die Kommunen,
Gerichte, Medien, Kulturindustrie,
Die Wissenschaft, zahlreiche Stif-
tungen, die staatlich finanzierte
Zivilgesellschaft befördern diese

- Agenda und leben davon" (Henry Krause, So enden Demokratien, in: Tumult, Vierteljahresschrift für Konsensstörung Nr. 01/2018, S. 101-105, hier: S. 103).
- 39 Veröffentlicht unter <http://www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm> [19.12.2017].
- 40 Zum Vergleich: Im Jahr ihres Untergangs hatte die DDR weniger als 16,5 Millionen Einwohner.
- 41 Bestandhaltungsmigration: Eine Lösung für abnehmende und alternde Bevölkerungen? Zusammenfassung, ohne Datum (<http://www.un.org/esa/population/publications/migration/execsum-German.pdf> [20.12.2017]), S. 5. Hervorhebung hinzugefügt.
- 42 Die vorstehenden Zitate nach dem nur in Englisch vorliegenden Kapitel V, der Studie (Conclusions and Implications), <http://www.un.org/esa/population/publications/RepMigED/chap5-Concl.pdf> [20.12.2017], S. 99.
- 43 Timmermans in Englisch gehaltene Rede kann abgerufen werden unter http://ec.europa.eu/justice/events/colloquium-fundamental-rights-2015/index_en.htm [20.12.2017]. Bei dem zitierten Abschnitt handelt es sich um eine Übersetzung der Passagen ab Minute 9:17 der Rede.
- 44 Eine offensichtliche Falschbehauptung ist insbesondere die Aussage, dass es nie eine Gesellschaft gegeben habe, die aus nur einer Kultur bestand. Das Deutschland der 1960er Jahre war ein Land einer einzigen (selbstverständlich in sich pluralen) Kultur. Nach wie vor haben wir solche Gesellschaften beispielsweise in Polen, in Japan oder in fast allen arabisch-muslimischen Ländern vor uns. Letztere sind infolge der forcierten Vertreibung und Ausrottung insbesondere der christlichen Minderheiten heute oft sogar in einem höheren Maße monokulturell als noch vor wenigen Jahrzehnten.
- 45 Joining forces against antisemitic and anti-Muslim hatred in the EU: outcomes of the first Annual Colloquium on Fundamental Rights, Brussels, 9. October 2015; veröffentlicht unter http://ec.europa.eu/justice/events/colloquium-fundamental-rights-2015/files/fundamental_rights_colloquium_conclusions_en.pdf [19.12.2017].
- 46 Zwar wird von wechselseitiger Anpassung gesprochen, aber tatsächlich gemeint ist nur die eingessene Bevölkerung mit ihrer Kultur. In besagtem Ergebnisbericht heißt es: „The discussion took place against the broader context of the current refugee crisis. Participants underlined that the inflow of a large number of persons from diverse backgrounds, cultures and religions, many of whom are Muslims, added a new element of urgency to efforts to ensure tolerance and respect in European societies. It was held that for everyone to be able to fully contribute to the society in which they live, a mutual process of accommodation is essential“ (ebd., S. 2).
- 47 So Juncker in einem Interview mit der Deutschen Welle, <http://www.dw.com/de/juncker-legalwege-nach-europa-%C3%B6ffnen/a-41555624> vom 27.11.2017 [16.04.2018].
- 48 Angela Merkel, o.T., in: Lammerl (Hrsg.), *Verfassung, Patriotismus, Leitkultur*, S. 171-177, hier: S. 172. Weiter heißt es (S. 173): „Die Sprech- und Ausdrucksfähigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für Bildung und Kultur, für differenziertes Denken und erfolgreiche Kommunikation“.
- 49 Ebd., S. 173.
- 50 Ebd., S. 174.
- 51 Ebd., S. 175.
- 52 Ebd., S. 176. Hier heißt es auch: „Ich halte es deswegen für richtig, dass die Einbürgerung eher am Ende als am Anfang der jeweiligen individuellen Integrationsgeschichte steht“.
- 53 Gemeinsames Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich Sozialen Union (CSU) für die Bundestagswahl 2002: *Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten. Regierungsprogramm 2002/2006* vom Mai 2002, S. 61.
- 54 Siehe das Grundsatzprogramm der CDU Deutschland vom Dezember 2007, *Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland*, S. 14 und 21.
- 55 Über Angela Merkels Entscheidung zur Grenzöffnung im Jahr 2015 sagt der Rechtswissenschaftler Michael Kleoepfer unmissverständlich: „Die Bundeskanzlerin hat mit ihrer Entscheidung erneut die Verfassung und geltendes Recht gebrochen, wie sie dies schon vorher [...] bereits mehrfach praktiziert hat“ (Michael Kleoepfer, *Der Rechtsstaat ist in Gefahr*, in: *Der Tagesspiegel* vom 04.12.2015, <http://www.tagesspiegel.de/themen/debatte-fluechtlinge-in-deutschland/asylrechts-debatte-der-rechtsstaat-ist-in-gefahr/12680554.html> [02.01.2018]). Die ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgericht Udo di Fabio und Hans-Jürgen Papier äußerten, dass jene Entscheidung dem Rechtsstaats- und dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes entgegenstünden. „Noch nie sei in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluff zwischen Recht und Wirklichkeit so tief“ gewesen, konstatierte Papier (Papier rechnet mit deutscher Flüchtlingspolitik ab, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article150894661/Papier-rechnet-mit-deutscher-Fluechtlingspolitik-ab.html> vom 12.01.2016 [02.01.2018]).
- 56 Nach den Dublin-Regeln („Dublin-III-Verordnung“ der EU) ist dasjenige EU-Land für Asylverfahren von Ausländern zuständig, in dem diese zuerst den Boden der EU betreten. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 26. Juli 2017 zu dieser Problematik bestätigte die Geltung der Dublin-Regeln auch für die Zeit der Massenmigrationswelle von 2015/2016. Das Urteil ist auf Deutsch nachzulesen unter: <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=193206&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=618446> [30.04.2018].
- 57 Siehe dazu Joachim Wagner, *Richter ohne Gesetz. Islamische Parallelgesellschaften gefährden unseren Rechtsstaat*, erweiterte und aktualisierte Ausgabe, Berlin 2012.
- 58 Die Internetseite www.ehren-

- mord.de dokumentiert [Stand 02.02.2018] für das Jahr 2017 knapp 80 bekannt gewordene „Ehrenmorde“. Für 2015 werden 40, für 2013 32 und für 2005, das Jahr von Merks Regierungsantritt, zehn solcher Morataten angeführt. Die Taten gehen stets auf das Konto von muslimischen Tätern mit „Migrationshintergrund“.
- 59 Der entsprechende Antrag im Parlament, so ein CDU-Abgeordneter, sei „einer der üblichen Anträge der AfD: populistisch, Effekthascherei usw.“ (siehe Thüringer Landtag, Protokoll der Plenarsitzung vom 21.04.2016, 6/47, S. 3973).
- 60 Der Text ist abrufbar unter https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Podcast/2011/2011-06-18-Video-Podcast/links/2011-06-18-text.pdf?sessionid=7AF1A74E9A-9D390E6851C8BCE301EBF4.s611?__blob=publicationFile&v=2 [02.02.2018].
- 61 Siehe Jedes Alter zählt. Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen. Eine demografiepoltische Bilanz der Bundesregierung zum Ende der 18. Legislaturperiode, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2017 (http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Downloads/DE/BerichteKonzepte/Bund/Demografiepolitische-Bilanz.pdf?__blob=publicationFile&v=3); siehe zur „Demografiestrategie“ auch die Broschüre Antworten auf die Bevölkerungsentwicklung, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 2017 (https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestell-service/Antworten_auf_die_Bevölkerungsentwicklung_02-03-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=5). Jedes Alter zählt, S. 10.
- 62 Jedes Alter zählt, S. 10.
- 63 Ebd., S. 8. Die im Zitat angesprochene „jährliche Zuwanderung auf dem jahresdurchschnittlichen Niveau seit der deutschen Wiedervereinigung“ meint eine Zuwanderung von jährlich etwa 300.000 Personen, mithin etwa 13 Millionen von 2017 bis 2060.
- 64 Das Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander, hrsg. vom Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Erfurt 2017, S. 10.
- 65 Ebd., S. 9.
- 66 „Die Integration betrifft alle Menschen in Thüringen und zwar sowohl diejenigen mit als auch diejenigen ohne Migrationshintergrund. Die Landesregierung achtet darauf, alle Menschen am Integrationsprozess zu beteiligen, damit sie sich aufeinander zu und gemeinsam voran bewegen können“ (ebd., S. 10).
- 67 Diese Botschaft befördert wiederum den Unwillen zahlreicher Einwanderer, sich überhaupt den deutschen Lebensweisen und Gepflogenheiten anzupassen, was schon im unzureichenden Willen zum Ausdruck kommt, auch nur die deutsche Sprache zu erlernen. Tatsächlich ist zu beobachten, dass viele Einwanderer selbst in der zweiten oder dritten Generation nur ein gebrochenes Deutsch sprechen und sich lieber ihrer Herkunftssprache bedienen, dass sie archaischen Wertvorstellungen folgen oder bei Ereignissen wie einer Fußballweltmeisterschaft mit den Fahnen ihrer Herkunftsländer hupend durch die deutschen Städte fahren.
- 68 Siehe Thüringer Integrationskonzept, S. 11.
- 69 Ebd., S. 76.
- 70 Ebd., passim. „Mit der Etablierung und Verstetigung einer Willkommens- und Anerkennungskultur muss eine interkulturelle Öffnung der Bevölkerung sowie der staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen einhergehen“ (S. 20). Eine solche Öffnung meint auch die verstärkte Einstellung von Ausländern in den Staatsdienst.
- 71 Der Text der Erklärung ist abrufbar unter <https://thetrue-europe.eu/die-pariser-erklarung/> [30.04.2018]. Das Zitat dort im Abschnitt 27. Siehe zur Pariser Erklärung etwa Simon Strauss, Manifest über Europas Zukunft. Resäkularisierung und Selbstbehauptung, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/intellektuelle-fordern-geistige-renovations-europas-15245035.html> vom 14.10.2017 [30.04.2018].

Der alte Brunnen

Lösch aus dein Licht und schlaf! Das immer wache
Geplätscher nur vom alten Brunnen tönt.
Wer aber Gast war unter meinem Dache,
Hat sich stets bald an diesen Ton gewöhnt.

Zwar kann es einmal sein, wenn du schon mitten
Im Traume bist, daß Unruh geht ums Haus,
Der Kies beim Brunnen knirscht von harten Tritten,
Das helle Plätschern setzt auf einmal aus,

Und du erwachst, – dann mußt du nicht erschrecken!
Die Sterne stehn vollzählig überm Land,
Und nur ein Wanderer trat ans Marmorbecken,
Der schöpft vom Brunnen mit der hohlen Hand.

Er geht gleich weiter. Und es rauscht wie immer.
O freue dich, du bleibst nicht einsam hier.
Viel Wanderer gehen fern im Sternenschimmer,
Und mancher noch ist auf dem Weg zu dir.

Hans Carossa (1924)





Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag

Von links nach rechts:

Stefan Möller, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Sprecher für Justiz, Verbraucherschutz, Energie und
Migration / Asyl.

Thomas Rudy, Sprecher für Wirtschaft, Landwirtschaft,
Forsten und Infrastruktur.

Corinna Herold, Sprecherin für Gesundheit, Soziales, Arbeit,
Religion und Gleichstellung.

Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender; Sprecher für Europa, Kultur,
Medien / Digitale Gesellschaft und Sport.

Jörg Henke, Sprecher für Innen- und Kommunalpolitik.

Wiebke Muhsal, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende.
Sprecherin für Familie, Bildung, Wissenschaft und Jugend.

Klaus Rietschel, Petitionen, Strafvollzugskommission.

Olaf Kießling, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender.
Sprecher für Haushalt, Finanzen, Umwelt und Naturschutz.



Alternative für Deutschland Fraktion im Thüringer Landtag

V.i.S.d.P. Björn Höcke
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

E-Mail: info@afd-thl.de

Web: www.afd-thl.de

Facebook: www.facebook.com/afd.thl

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteiwerbung eingesetzt werden.

Die Angaben in dieser Broschüre wurden sorgfältig recherchiert. Gerne teilen wir Ihnen die benutzten Referenzen und Quellen mit. Setzen Sie sich hierzu bitte mit uns in Verbindung!

April 2018

Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG